Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei ten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung.

№ 180. Dinstag den 1. Juli 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Modena, 25. Juni. Gestern Abend traf die Kaiserin Maria Anna hier ein und ward festlich empfangen. Die Großherzogin von Toskana, Ferdinanda, war noch bei diesem Empfange gegenwärtig und reiste erst darnach ab. Nachrichten aus Florenz vom 27. d. zufolge ist sie daselbst bereits eingetroffen.

Turin, 26. Juni. Um den Verlauf der Session zu beschleunigen, hat die Abgeordneten-Kammer beschlossen, täglich von 10 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags Sitzungen zu halten. Dieselbe hat 21 Artikel des Industrialsteuergesetzes bereits genehmigt. Der Senat hat das Eisenbahnanlehensprojekt mit 52 gegen 4 Stimmen genehmigt. Die Gerichtsbehörden zu Nizza haben erklärt, daß kein Grund zur gerichtlichen Verfolgung der in der bekannten Protestangelegenheit kompromittirten und festgenommenen fünf Personen vorliege. Dem Vernehmen nach will die Regierung das Besitzthum des Fürsten von Monaco um den Betrag von 2½ Millionen Lire ankaufen lassen.

Ferrara, 25. Juni. Am 21. d. ward das k. k. österr. Wappen am hiesigen Consulargebäude im Beisein der k. k. Truppen feierlich aufgepflanzt.

Mailand, 25. Juni. Heute wurden 5 Millionen Lire Schatzscheine öffentlich verbrannt.

Zara, 26. Juni. Abermals haben die Montenegriner die Bewohner von Spizza überfallen, wurden jedoch zurückgeschlagen. Auch auf andern Punkten haben diese Ueberfälle sich wiederholt, wobei jede Partei einige Kämpfer auf dem Wahlplatze verlor. Die kriegerische Gährung in Montenegro dauert fort.

Triest, 28. Juni. London 12, 15; Silber 26.

Triest, 29. Juni. (Wochenbericht.) Kolonialwaarengeschäft beschränkt. Kaffee höher, Rio 22—27, Domingo 29, Portorico 37. Zucker blond Havanna 15¾—17½. Pfeffer theurer. Baumwolle unverändert, wenig gemacht; Mako 36—42, amerikanische 37—43. Getreide flau. Oele mangelnd, übrigens eine gute Olivenernte gehofft.

Breslau, 30. Juni. [Zur Situation.] Wir machen heut von vorn herein auf unsre Berliner □-Korrespondenz aufmerksam, welche den Eintritt einer preußischen Kabinetskrise signalisirt, deren äußeres Zeichen weniger in dem Rücktritt des Hrn. von Rabe, als in der Schwierigkeit eines Remplacements zu erkennen sein dürfte.

Ohne entscheiden zu wollen, was an den Mittheilungen unseres geehrten Hrn. Korrespondenten scharfsinnige Kombination, was objektive Berichterstattung sei; können wir uns nicht verhehlen, daß die geflissentlichen und wiederholten Versicherungen des zeitweilig zu offiziösen Insinuationen benützten C. B. „von der unerschütterten Abgeschlossenheit und Unnahbarkeit" des Kabinets, naturgemäß den entgegengesetzten Eindruck hervorbringen mußten, und daß wir die ganz unvermuthete Rückkehr des Grafen Arnim-Boitzenburg unmöglich für bedeutungslos halten können.

Es scheint uns vielmehr in dem Schweigen der Regierung zu der von der Kreuzzeitungspartei ausgehenden Insinuation und Manifestation, bezüglich der ständischen Reaktivirung ein Widerspruch mit dem offiziell angedeuteten provisorischen Zweck jener Maßregel zu liegen, welcher nicht anders, als aus einer im Schooße der Regierung selbst vorhandenen Zwiespältigkeit der Tendenz erklärt werden kann.

Auch hat die Kreuzzeitung zu entschieden ihr Aut-aut gestellt, als daß man glauben dürfte, sie werde sich mit halben Zugeständnssen genügen, wenn sie sich in der Lage sieht, mit einem Zuge die Partie zu gewinnen.

Und günstigere Chancen, als jetzt für sie überall vorhanden sind, hat sie nicht zu erwarten, wie sie selbst am besten weiß und in ihrer letzten Rundschau auch offen genug ausspricht.

Ist doch auch in Kurhessen der entscheidende Schritt geschehen, um die alten Zustände zurückzuführen. Die verfassungsmäßig zu Stande gekommene Verpflichtung des Militärs auf die Verfassung ist beseitigt worden und zwar „auf Veranlassung der beiden Kommissäre von Oesterreich und Preußen." Ein solcher Schritt bedarf keines Kommentars; nur zu verwundern ist es, daß „die beiden Kommissare von Oesterreich und Preußen", wenn sie sich berufen fanden, einen solchen Schritt der kurhessischen Verfassung gegenüber zu veranlassen, keine „Veranlassung" fanden, der gleichzeitig erlassenen Amnestie mindestens den Charakter der Versöhnlichkeit zu geben. In Anbetracht der von der Amnestie ausgeschlossenen Kategorien, hat dieselbe nur in sofern einen Sinn, als sie die Unmöglichkeit einräumt, die ganze Bevölkerung eines Landes zu bestrafen. Wir wollen nicht auf eine Charakterisirung des kurhessischen Verfassungs-Konflikts zurückkommen, nicht daran erinnern, wie sehr allmälig, erst je mit den Fortschritten der faktischen Ueberwältigung — selbst offiziöse Organe sich in ihrer Bewunderung der Pflichttreue hessischer Beamten abkühlten; aber das schien uns außer Zweifel, daß in einem Falle, wo das Recht so zweifelhaft, oder wo man in das Unrecht auf der einen, doch nicht ohne Provokation von der andern Seite hineingerieth, zu einer möglichst unbedingten Amnestie „Veranlassung" genug vorhanden gewesen wäre.

Fast alle deutschen Kammern haben durch die den hessischen Ständen und Beamten gezollte Anerkennung eine Art moralischer Mitschuld für deren Verharren und vermeintlich legalen Widerstand übernommen, und die beiden Bundes-Kommissäre von Oesterreich und Preußen finden nicht die „Veranlassung", für eine Ausdehnung der Amnestie auf jene Civil- und Militärbeamten zu sorgen, während sie die einseitige Aufhebung eines auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande gekommenen Gesetzes (vom 26. Oktober 1848) „veranlassen."

* Anm. In unserm Situations-Artikel vom 28. Juni (Nr. 178 d. Z.) findet sich ein Sinn entstellender Druckfehler. Es soll S. 912 Z. 6 von oben heißen, statt: Interpellation — Interpretation.

Preußen.

Berlin, 29. Juni. [Amtliches.] Se. Hoheit der Erbprinz und Ihre königl. Hoheit die Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen sind von Meiningen hier eingetroffen.

Der Thierarzt erster Klasse Bösenroth ist zum Kreisthierarzt des Kreises Guhrau, Regierungsbezirk Breslau, ernannt worden.

Abgereist: Der General-Major und Remonte-Inspekteur, Freiherr von Dobeneck, nach Westfalen. — Se. Exzellenz der großherzoglich hessische Staats-Minister, Zimmermann, nach Dresden.

≌ **Berlin,** 29. Juni. [Die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin über ein gemeinsames Handeln in Frankfurt. — Widerlegung der Nachricht wegen Zurückziehung Posens und Preußens vom Bunde.] Die Verhandlungen zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinet über die in Frankfurt einzunehmende gemeinsame Stellung und vornehmlich über die gemeinsam einzubringenden Vorlagen sind auf dem Punkte, zum Abschluß zu gelangen, und es ist weiter nichts als eine Folge dieser durch fortgesetzte Verhandlungen herbeigeführten Einigung, wenn jetzt von allen Seiten auf eine bevorstehende regere Thätigkeit der Bundesversammlung hingewiesen wird. Es wird aber nothwendig sein, in Betreff dieser Thätigkeit und der zu erwartenden Vorlagen zwischen zwei wesentlich verschiedenen Theilen genau zu unterscheiden: wenn man so sagen will, zwischen dem negativen und dem affirmativen, d. h. zwischen jenen beiden Intentionen, von denen die erstere auf ein Hinwegtilgen solcher Einrichtungen und Gestaltungen hinausgeht, die als Neugeburten der letzten Jahre als noch vorhandene Merkzeichen revolutionären Geistes angesehen werden, die andere dagegen Veränderungen in der gegenwärtigen Organisation der bundestäglichen Institutionen zum Zwecke hat. Es wird kaum noch der Bestätigung von unserer Seite bedürfen, daß eine Einigung in Betreff des ersten Theils leichter zu erzielen war, als in Betreff des zweiten, denn hier handelt es sich bei der Gleichheit der angestrebten Zwecke mehr nur um die Form, wie man werde vorzugehen haben. Nichtsdestoweniger wird aber gerade diese Thätigkeit des Bundestages für die praktischen politischen Verhältnisse der Einzelstaaten die bei weitem wichtigere sein, weil sie weit unmittelbarer in dieselben eingreifen wird, als etwanige spätere Neugestaltungen. Auf diesem Gebiete muß die Frage über das Verhältniß der Gesetzgebung der Einzelstaaten zu der Bundesgesetzgebung, oder, deutlicher gesagt, über die Umgestaltung einzelner wichtiger Zweige der Gesetzgebung der Einzelstaaten durch die Aufstellung gesetzlicher Normen darüber von Seiten des Bundestages zur konkreten Lösung kommen. Hierher gehört die Gesetzgebung über die Presse, das Vereinsrecht, die Steuerbewilligung von Seiten der Kammern als hauptsächlichster Theil, im weiteren Verfolg aber alle diejenigen Ver-

hältnisse, welche als Inhalt der vielverschrienen deutschen Grundrechte Gegenstand gesetzlicher Bestimmungen im Jahre 1848 geworden sind. Es geht uns bereits jetzt ein schätzenswerthes Material über die Absichten in Betreff der eben erwähnten drei Punkte zu; wir werden darauf nächstens zurückkommen. Heute zunächst nur die Bemerkung, daß der Entwurf über die in dieser Beziehung aufzustellenden generellen Grundsätze vollständig fertig ist, und von Seiten Preußens und Oesterreichs gemeinsam bei der Bundessammlung eingebracht werden dürfte. Es wird gut sein, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß alle in diese Kategorie hineinschlagenden Bestimmungen unserer Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 so allgemein gehalten sind und vor Allem, daß fast bei allen Punkten die praktische Durchführung späteren Gesetzen vorbehalten ist, so daß die Regierung sich in der glücklichen Lage befinden wird, nicht einmal in formellen Widerspruch mit dieser Verfassung treten zu brauchen. Unter den „Uebergangsbestimmungen" enthält zumal der Art. 118 die Befugniß für die Regierung, diejenigen Abänderungen der Verfassung vorzunehmen, welche etwa durch die allgemeine deutsche Bundesverfassung nothwendig werden sollten (der Artikel spricht freilich noch von der Verfassung des Bundesstaates auf Grund des Bündnisses vom 26. Mai 1849, an dessen Stelle nun ja aber wieder der deutsche Bund in alter Form getreten ist) und behält den Kammern lediglich eine Beschlußfassung darüber vor, ob diese so vom Könige vorgenommenen Abänderungen in Uebereinstimmung mit der allgemeinen deutschen Verfassung stehen. Man sieht, an Mitteln, diese Bundesmaßregeln auch für Preußen wirksam zu machen, wird es nicht fehlen.

Dürfen wir in dieser Beziehung also auf das nahe bevorstehende Hervortreten des Bundestages mit entscheidenden Schritten schon jetzt mit Bestimmtheit hinweisen, so wollen wir dagegen doch warnen, sich durch die gleichfalls eben umhergetragenen Nachrichten von bevorstehenden Neugestaltungen nicht irren zu lassen. Die Nachricht, daß das in Dresden gewonnene Material nun nächstens innerhalb der Bundesversammlung zur weiteren Beschlußnahme gelangen werde, ist dahin zu modifiziren, daß man sich in dem Entschlusse geeinigt hat, von Seiten der Bundesversammlung mehrere Kommissionen — man sagt drei — einzusetzen, um über die Vorfrage eine Vorberathung herbeizuführen, inwiefern unter den durch die allseitige Wiederherstellung des Bundestages veränderten Verhältnissen das in Dresden gewonnene Material sich noch zur weiteren Benutzung eigne. Von einer Beschlußfassung darüber ist man also noch weit entfernt. Ja es ist vor Allem hervorzuheben, daß alle die Versuche, durch die fortgesetzten Verhandlungen zwischen Wien und Berlin eine Einigung über die Basen eines gemeinsamen Verhandelns auch in dieser Beziehung herbeizuführen, kein Resultat gehabt haben, und wir glauben nicht fehl zu greifen, wenn wir sogar annehmen, daß man vermeiden wird, durch erneuerte Wiederaufnahme der einschlagenden Berathungen diese Differenzen nochmals zur klaren Bekundung kommen zu lassen.

Wir müssen bei dieser Gelegenheit sofort eine Nachricht berichtigen, die in dieses Feld einschlägt und die jetzt eben die Runde durch die Zeitungen macht: die Nachricht nämlich, daß die Regierung auf dem Punkte stehe, bei der Bundesversammlung eine Proposition wegen Zurückziehung der Provinzen Posen und Preußen aus dem deutschen Bunde zu machen. Die sonst in solchen Nachrichten sehr vorsichtige Kreuzzeitung, welche dieselbe zuerst brachte, hat in diesem Falle wohl einen Wunsch in die Form einer bevorstehenden Thatsache gekleidet, denn das Eine wissen auch wir allerdings als ganz unzweifelhaft, daß diese Zurückziehung gegenwärtig von der Regierung gewünscht wird, allein durch einen wirklichen Schritt für Realisirung dieses Wunsches würde die ganze Differenz mit Oesterreich wach gerufen werden, da die Entscheidung dieser Frage in dem innigsten Zusammenhange mit dem unverrückbar festgehaltenen Wunsche der österreichischen Politik wegen Aufnahme von Gesammt-Oesterreich in den deutschen Bund zusammenhängt. Deshalb noch einmal: ganz positive uns wiedererzählte Aeußerungen, die von entscheidender Stelle kommen, berechtigen uns zu der Annahme, daß die in Rede stehende Nachricht zwar einen Wunsch des Ministeriums ausspricht, von einer Bewahrheitung derselben in naher Zeit aber keine Rede sein kann.

Indem wir uns detaillirtere Mittheilungen über die in der ersten Hälfte dieser Zeilen angedeuteten Absichten der Regierung vorbehalten, heben wir aus der heutigen Tagesgeschichte noch folgende kleinere Thatsachen heraus:

Die schnelle Rückkehr des Grafen Arnim-Boytzenburg, der eben auf einer längeren Erholungsreise durch Tyrol und Italien begriffen war, soll mit den entscheidenden Schritten des Ministeriums für Wiederbelebung des alten ständischen Lebens im engsten Zusammenhange stehen. Graf Arnim war bekanntlich für die Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung königlicher Kommissarius, seine Rathschläge haben vornehmlich für die Nichtdurchführung derselben entschieden, von seinem Rathe werden wahrscheinlich nun auch die nächsten Schritte in dieser wichtigen Frage bedingt werden.

Die vor einiger Zeit in Folge des wiederholten Drängens des Admirals Brommy beschlossen gewesene größere Uebungsfahrt mehrerer Fahrzeuge der deutschen Flotte, darunter die Fregatte „Eckernförde", ist in Folge der sehr scharfen Differenzen, die sich von Neuem bei der Berathung der Flotten-Angelegenheit in Frankfurt herausgestellt haben, als vorläufig aufgegeben zu betrachten, da es nicht möglich gewesen ist, die dafür erforderlichen Geldmittel liquid zu machen.

Von dem aus der Zeit der Berliner Nationalversammlung her bekannten Abgeordneten Arntz aus Kleve, der gegenwärtig wieder in Brüssel lebt, soll die Veröffentlichung einer sehr wichtigen Schrift über die Stellung der preußischen Regierung gegenüber den polnischen Verhältnissen und Bestrebungen in nächster Zeit bevorstehen. Die National-Versammlung vom Jahre 1848 hatte bekanntlich eine eigene „Polen-Kommission" zur allseitigen Untersuchung der hier einschlagenden Fragen und namentlich der mit der Insurrektion der Polen im Jahre 1846 und 1848 zusammenhängenden Verhältnisse eingesetzt, die Regierung war durch einen Beschluß genöthigt worden, alle in den verschiedenen Ministerien befindlichen Aktenstücke hierüber der Kommission vorzulegen und Herr Arntz war damals Vorsitzender dieser Kommission. Aus den umfangreichen Auszügen, die er sich damals aus diesen offiziellen Aktenstücken machte, soll diese Schrift hervorgegangen sein, die daher ein mehr als gewöhnliches Interesse darbieten dürfte.

□ **Berlin**, 29. Juni. [Der Austritt des Finanzministers. — Der einheitliche Bestand des Ministeriums. — Die Rückkehr des Grafen Arnim-Boytzenburg.] Das Ausscheiden des Hrn. v. Rabe aus dem Finanzministerium bleibt gewiß, und derselbe (der nebenbei einer der reichsten Privatleute ist) wird sich wahrscheinlich ganz aus der Staatslaufbahn zurückziehen, während er sonst unter jeder Bedingung an seinem Portefeuille festzuhalten schien. Dieser Austritt, obwohl er an sich selbst sehr wenig bedeutet, demaskirt aber nichtsdestoweniger eine bedeutende Verlegenheit, in welcher sich das Ministerium bereits sowohl hinsichtlich seiner Zukunft wie auch hinsichtlich seiner Prinzipien befindet. Man hat in neuester Zeit häufig den einheitlichen Bestand des gegenwärtigen Kabinets bewundert, und von demselben behauptet, daß es in einer undurchdringlichen Festigkeit auch gegen das Andringen aller Parteistandpunkte dastehe. Eine solche zeitdichte Abgeschlossenheit wäre allerdings eine Abnormität im konstitutionellen Staat, die einmal nur durch ein beständiges Tergiversiren und dann dadurch zu erreichen wäre, daß der Premier eine unbeschränkte Alleinherrschaft im Kabinet ausübte, und die übrigen Minister (ganz gegen die konstitutionelle Praxis) theils nur als Ressortminister, theils als lediglich ausführende Organe des Ministerpräsidenten fungirten. Das preußische Ministerium hat wesentlich diesen Charakter getragen, seitdem es im November vorigen Jahres durch Hrn. von Manteuffel zu dieser Einheitlichkeit, die ihm allerdings früher gefehlt hatte, reorganisirt wurde. Die Spekulation auf permanente Stellungen ist aber in der heutigen Politik die mißlichste. Auch das preußische Ministerium zeigte beständig den Punkt an sich auf, auf dem es sich unvermeidlich seine Krisis selbst bereiten mußte. Die ständischen Reaktivirungen haben zugleich das erste Signal zu einer innern Erschütterung des Kabinets abgegeben. Das Ministerium verfolgt zwar mit entschlossener Consequenz den von ihm betretenen Weg, und verwahrt sich dabei zugleich mit seiner alten Taktik nach allen Seiten hin gegen die Deutungen und Verpflichtungen, die ihm dabei hinsichtlich des Ziels dieser Reaktivirungen auferlegt werden könnten. Diese Taktik ist aber diesmal der sichere Anfang zu einem Auseinanderfallen der bisherigen Bestandtheile des Ministeriums. Charakteristisch in dieser Beziehung ist nicht sowohl der Austritt des Hrn. v. Rabe, als vielmehr der bisher fruchtlos angestellte Versuch zu einer Wiederbesetzung seines Portefeuille's. Durch die fast konstatirte Unmöglichkeit, einen geeigneten Staatsmann grade in diesem Augenblick zum Eintritt in das Ministerium zu bewegen, hat sich zugleich die Krisis konstatirt, die im Innern des Kabinets unzweifelhaft ihre Wirkungen angetreten. Das Ministerium geht seiner ihm längst bestimmten Zukunft entgegen, in der es entweder einer Kombination der äußersten Rechten weichen, oder nach Ausscheidung einzelner Bestandtheile sich in dieser spezifischen Richtung umgestalten muß. Ob die Elastizität des Hrn. v. Manteuffel auch diesmal sich bewähren wird, müssen wir einstweilen noch dahin gestellt sein lassen, doch wird hier Vieles von der Vereinbarungslust der Partei abhängen, die Hrn. v. Manteuffel zwar in der letzten Zeit getragen, aber keineswegs ihre letzten Hoffnungen auf ihn gesetzt habe, und in diesem, wie es scheint, entscheidenden Augenblick ihm jedenfalls mit einiger Kälte und Entfremdung gegenüber steht. Hr. v. Manteuffel würde sich im Fall einer ihm günstigen Eventualität auch mit dem Grafen Arnim-Boytzenburg zu vereinbaren haben, der seine Reise nach Italien unerwartet abgekürzt hat und plötzlich wieder auf dem hiesigen Terrain erschienen ist. Man kennt die prinzipiellen Anforderungen, welche Graf Arnim schon früher an seinen Wiedereintritt in das Kabinet des Königs geknüpft hat. Seine Partei allein kennt das Ziel der ständischen Reaktivirungen, die das Ministerium jetzt vorspielartig unternommen, genau, und weiß, was es dabei einzusetzen und zu gewinnen hat. Es wird auf dieser Seite im eigentlichen Sinne des Wortes für Haus und Hof gekämpft, und zugleich ist man dort vollkommen mit sich einig, was von den bisherigen Schöpfungen und Zugeständnissen, zu denen das gegenwärtige Ministerium die Hand geboten, unbedingt über Bord zu werfen sei, wenn man wieder glücklich in den Hafen der ständischen Monarchie und der alten Feudalrechte einlaufen wolle. Zu jenen Spitzen, um deren Abtragung es sich handelt, gehören vor allen die neuen Gemeinde-, Kreis- und Bezirks-Ordnungen, die aus dem Organismus der bestehenden konstitutionellen Verfassung Preußens als unablösbare Glieder hervorwuchsen. Graf Arnim-Boytzenburg gehört bekanntlich zu den entschiedensten Gegnern der neuen Gemeinde-Ordnung, obwohl er von der Regierung ein Kommissorium zur Ausführung derselben in der Mark annahm. Ueber diese Klippen ist aber nicht ohne durchgreifende Verfassungs-Modifikationen hinauszukommen, während das Ministerium sich noch den Anschein giebt, als ob auf den kleinen ständischen Rettungsböten, die sie bisher bestiegen, daran mit Erfolg herumgeschifft werden könne. Alle diese Fragen münden aber hauptsächlich in die Frage der Grundsteuer-Ausgleichungen aus, die bei allen bevorstehenden Operationen und Umgestaltungen das Schwergewicht bilden. Die verfassungsmäßige Aufhebung der Steuerbevorrechtigungen enthielt zugleich die Grundbedingungen in sich, um die neuen Gemeinde-, Kreis- und Bezirks-Organisationen vollständig ins Leben treten lassen zu können. Die ständische Reaktivirung hat daher auch ihre wesentlich finanzielle Seite. Aus dieser Unbestimmtheit und Zweifelhaftigkeit der ganzen Situation erklärt sich aber eben die Schwierigkeit, welche in diesem Augenblick die Wiederbesetzung des Finanzministeriums findet. Der Nachfolger des Hrn. v. Rabe würde vielleicht nur einen Fuß in sein neues Amt einsetzen können, um mit dem andern schon wieder herauszutreten.

√ **Berlin**, 29. Juli. [Vorbildung der Lehrer außerhalb der Seminarien.] Die Vermehrung der Bildungs-Anstalten für Volks-Schullehrer ohne Vermehrung oder Erweiterung der betreffenden Schullehrer-Seminare ist vom Unterrichts-Ministerium mittelst eines Erlasses an sämmtliche Provinzial-Schul-Kollegien, Regierungen und Konsistorien angebahnt. In Rücksicht darauf, daß in den meisten Provinzen der Monarchie die vorhandenen Schullehrer-Seminarien für das durch die gesteigerte Bevölkerung vermehrte Bedürfniß an Kandidaten des Elementar-Schulamtes nicht mehr ausreichen, hat der Herr Minister v. Raumer sich veranlaßt gefunden, auf eine zweckmäßige und den Verhältnissen entsprechende Schullehrerbildung außerhalb der Seminarien Bedacht zu nehmen; theils weil die Lage des Staatshaushaltes nicht überall und sofort die Einrichtung neuer Schullehrer-Seminarien zulasse, theils weil es im eigenen Interesse der Lehrer-Bildung für das Elementar-Schulamt wünschenswerth erscheine, daß diese nicht gleichsam als ein Monopol der Seminarien angesehen und behandelt werde.

Es bleibt nach der Ansicht des Herrn Ministers in vieler Beziehung wünschenswerth, daß einzelne befähigte Geistliche und Lehrer sich privatim mit der Vorbildung von Kandidaten beschäftigen, welche zugleich Gelegenheit erhalten müssen, sich durch ausgedehntere Beschäftigung in der Ortsschule, als sie die Einrichtung der Seminarien zuläßt, im praktischen Schulehalten Vorzüge zu erwerben, welche sie in der theoretischen Bildung im Vergleich mit den Seminar-Zöglingen vielleicht entbehren möchten. Außerdem ist der Vortheil zu berücksichtigen, welcher dem Schulwesen dadurch erwächst, daß wenigstens ein Theil der Lehrer in ihm wirksam ist, welche nicht längere Zeit hindurch dem unmittelbaren Leben der Familie, der Kirche und der Gemeinde durch den Aufenthalt in einem Seminare haben entzogen werden müssen. Eine derartige Vorbildung der Schulamts-Kandidaten ist wohl auch in allen Provinzen schon seither üblich, aber wie wir ebenfalls wissen, von nicht wenigen Revisoren gar übel gelitten gewesen. Es soll nun nach der neuen Ministerial-Verordnung darauf ankommen, dieser Vorbildungsart

der Elementar-Lehrer, wo dem Bedürfnisse anderweitig nicht genügt werden könne, eine größere Ausdehnung und überall eine festere, den Zwecken des Schullehrer-Berufes entsprechende Richtung zu geben.

Die Provinzial-Schul-Kollegien sind nun veranlaßt worden, nach diesem Gesichtspunkte über die bisherigen Erfolge der Vorbildung von Schullehrern außer den Seminarien ihres Bereiches unter Bezeichnung der dabei mitwirkenden Geistlichen und Lehrer, über das Bedürfniß einer weitern Ausdehnung und über die zweckmäßige Einrichtung und Leitung derartiger Lehrer-Bildungs-Anstalten neben den Schullehrer-Seminarien Bericht zu erstatten. Der Herr Minister überläßt es den Provinzial-Schul-Kollegien sich vorher mit dem Provinzial-Konsistorium und den betreffenden Regierungen in geeignete Kommunikation zu setzen.

Berlin, 28. Juni. [Bundestägliches.] Die A. Z. sieht sich durch die Aeußerungen der D. A. Z. über den Entwurf einer Uebereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handels und Verkehrs zu einer Entgegnung veranlaßt, aus der wir vor der Hand nur ihre politischen Mittheilungen hervorheben. Ueber die Entstehung und Beschlußfassung rücksichtlich jenes Entwurfes giebt sie nämlich folgende Daten: „Die A. Z. theilte seiner Zeit den ersten Entwurf mit, welcher zur Rückäußerung an die resp. Regierungen vertheilt wurde. Mit Benutzung dieser ging daraus der revidirte Entwurf hervor, welchem in der Plenarkonferenz am 15. Mai die allgemeine Zustimmung fast aller Regierungen ertheilt wurde, um auf Grund desselben bei der Bundesversammlung „unverweilt" weiter zu verhandeln, wie der kaiserliche Bevollmächtigte ausdrücklich bemerkte. Nur für Holstein sah der Bevollmächtigte sich außer Stand in Verhandlungen einzugehen, dem für Luxemburg-Limburg fehlten ausreichende Instruktionen, Mecklenburg konnte „zur Zeit" nicht beistimmen. Den Separatartikel anlangend, so schließt derselbe sich dem Art. 18 des Entwurfes an, der vollständig also lautet:

„Im Januar 1858 sollen am Orte der Bundesversammlung Bevollmächtigte sämmtlicher Bundesstaaten zusammentreten, um einen Vertrag über ausgedehntere, als die jetzt verabredeten Verkehrserleichterungen und, wenn alsdann die einer vollständigen Handels- und Zolleinigung von ganz Deutschland dermalen in der Verschiedenheit der Zustände und Interessen noch entgegenstehenden Hindernisse beseitigt sind oder ausgeglichen werden können, über jene Einigung zu unterhandeln. Die Berufung der von den einzelnen Staaten zu ernennenden Bevollmächtigten geschieht von der Bundesversammlung."

Separat-Artikel. Jeder Bundesstaat wird beim Abschluß und bei der Verlängerung seiner Staatsverträge über Handel und Verkehr dafür sorgen, daß dieselben eine völlige Handelseinigung Deutschlands oder eine weitere Annäherung an diese wenigstens nicht über das Jahr 1858 hinaus hindern oder erschweren.

Von Interesse ist hierbei aus der Abstimmung des österreichischen Konferenzbevollmächtigten über die den Abstimmungsmodus betreffenden Vorschläge der ersten und zweiten Kommission, die derselbe als wichtige Verbesserungen begrüßt, die Bemerkung: „nur daß im Gebiete der materiellen Interessen noch Einhelligkeit erforderlich sein soll für gemeinnützige Anordnungen, hofft der kaiserl. Hof, daß man davon zurückkommen werde, da der Bund gerade hier seiner Natur nach thätig das Volkswohl fördern soll."

Wie man sieht, bestätigt auch diese Darstellung der A. Z. im wesentlichen nur, daß jener Entwurf eben weiter nichts als schätzbares Material ist, nur daß sie die Bedeutung dieses schätzbaren Materials höher anschlägt, als dies von anderer Seite geschieht.

Demselben Blatt wird auch aus Frankfurt mit Bezug auf die entgegengesetzten Angaben und Andeutungen der N. Pr. Z. geschrieben, daß bei den Berathungen des Bundestages dem Dresdener Beschluß vom 15. Mai gemäß die Grundlage des in Dresden gewonnenen „schätzbaren Materials" sehr bestimmt festgehalten werden solle; auch seien zur ungesäumten „Wiederaufnahme der Berathungen ebenfalls die geeigneten Schritte im Gange." Dem Vernehmen nach habe das österreichische Kabinet Preußen den Vorschlag zu einem gemeinschaftlichen Antrag an die Bundesversammlung auf Niedersetzung dreier Kommissionen, einer allgemeinen oder politischen, einer für Handel und materielle Interessen, einer für das Bundesgericht gemacht, welche die Dresdener Vorlagen im geschäftsmäßigen Wege an die Bundesversammlung bringen sollen, und man zweifle nicht, daß Preußen beitreten werde. Dieselbe Korrespondenz berichtet auch, daß von preußischer Seite Vorschläge zu Repressivmaßregeln vertraulich mitgetheilt worden seien, die indessen so scharf gewesen, daß man (wer?) sich bewogen gefunden, dazu wesentliche Modifikationen vorzuschlagen. (Const. Z.)

Berlin, 28. Juni. [Kreis- und Provinzial-Vertretung.] Der Düsseldorfer Kreistag war am 27. abermals versammelt und hat die Wahl vollzogen. Dagegen schreibt man der Hart. Z. aus Danzig, daß die dortigen Provinzial-Deputirten fest erklärt haben, einer etwaigen Einberufung keine Folge zu geben.

Die Voß. Z. bringt heut ausführliche Mittheilung über eine neue Verordnung des Herrn Ministers in Betreff der Kreiskommissionen. Sie sagt: In diesen Tagen ist in Betreff des Fortbestandes der interimistischen Kreiskommissionen eine neue allgemeine Verfügung an die Bezirksregierungen ergangen. Wie bekannt, wurde es im Erlasse des Ministers des Innern vom 15. Mai d. J. den Kreistagen überlassen, sich nach eigenem freien Ermessen darüber zu entscheiden, ob sie die Wahlen zur Einschätzungs-Kommission so wie die übrige Kreisvertretung interimistisch selbst übernehmen, oder ob sie dieselben, so wie die weiteren Rechte den auf Grund des Ministerialerlasses vom 3. Juni 1850 gewählten und eingesetzten Kreiskommissionen übertragen wollten. Es sind demgemäß, wo sich die Stände für kompetent erachteten, Bestimmungen und Wahlen getroffen, jedoch oft und meist nur aus geringer Stimmenmehrheit. Der Herr Minister des Innern hat sich aber nicht für befugt erachtet, eine solche exceptionelle Stellung, wie die der Kreis-Kommissionen ist, zu bestätigen, wenn der betreffende Beschluß über Belassung derselben in ihren Funktionen nicht mit Stimmeneinheit aller Betheiligten resp. Erschienenen gefaßt worden ist. Es ist demnach an alle Bezirksregierungen eine allgemeine Verfügung ergangen, worin denselben aufgegeben wird, alle diejenigen Kreis-Kommissionen zu annulliren, deren Beibehaltung nicht mit Stimmeneinheit beschlossen worden. Statt ihrer sollen wiederum die Kreistage konvozirt und diese zur Wahl der Mitglieder der Einschätzungskommission veranlaßt werden. Zugleich sollen überall da, wo die Geschäfte der Kreiskommissionen in Betreff der Gemeindeordnung beendet sind, auch wenn denselben mit Stimmeneinheit die interimistische Kreisvertretung übertragen wurde, diese aufgehoben, die Kreisstände dafür substituirt und mit den anderweitigen im Erlaß vom 15. Mai angegebenen Befugnissen versehen werden. Doch wird empfohlen, die Wahlen zur Einschätzungskommission, wo dieselben bereits vollzogen, unter jeder Bedingung, mit Rücksicht auf den nahen Termin, der für die Erhebung der Einkommensteuer festgesetzt ist, in Gültigkeit zu erhalten und zu belassen.

Nach den bis jetzt vorliegenden sicheren Nachrichten haben die älteren Kreisstände die fernere interimistische Kreisvertretung bereits definitiv übernommen; in sämmtlichen landräthlichen Kreisen der Provinz Brandenburg, in sämmtlichen Kreisen der Provin Pommern bis auf einen, in welchem die Verhandlungen noch schweben, in 17 von 19 Kreisen des Reg.-Bezirks Königsberg, in 14 von 22 des Reg.-Bezirks Breslau und in 7 von 9 Kreisen des Reg.-Bezirks Erfurt. Rücksichtlich der anderen Kreise in den vorbezeichneten Regierungs-Departements schweben die Verhandlungen noch.

Berlin, 29. Juni. [Zur Tageschronik.] Mehrere Blätter berichten von bereits in Frankfurt stattfindenden Verhandlungen über von Bundeswegen vorzunehmende Beschränkungender Presse in den deutschen Bundesstaaten. Es wird uns glaubhaft mitgetheilt, daß zur Zeit auf die Presse bezügliche Verhandlungen in Frankfurt gar nicht gepflogen werden. Somit zerfällt auch die ebenfalls verbreitete Nachricht, daß Preußen Vorschläge zu Repressiv-Maßregeln gemacht habe, die in Frankfurt aber wegen ihrer Strenge keine Billigung gefunden hätten. — Daß eine Beschäftigung des Bundestages mit der Presse in der nächsten Zeit stattfinden wird, ist allerdings richtig. Doch fehlen zur Zeit noch Vorlagen, so wie auch die Bildung von Sachkommissionen erst stattfinden muß.

Dem Vernehmen nach wird der Kaiser von Oesterreich, der, wie bereits gemeldet, Anfang August dem Könige von Baiern in München einen Besuch abstatten will, diese Gelegenheit auch zu einem Besuche am Hofe von Stuttgart benutzen. — Leicht möglich ist es, daß um dieselbe Zeit Se. Majestät der König von Preußen sich nach den hohenzollernschen Landen zur Huldigungsfeier begeben.

Polizeirath Dr. Stieber wird sich in wenigen Tagen auf seinen Posten nach London zurückbegeben. (C. B.)

(V. Z.) Gestern Nachmittag kehrten Se. Excellenz der General der Kavallerie v. Wrangel von seiner am 23. d. M. angetretenen Inspizirungsreise wieder zurück; dem Vernehmen nach wird derselbe am 1. Juli d. J. einen zweimonatlichen Urlaub antreten und sich zunächst nach Kissingen begeben, um die dortigen Bäder zu gebrauchen.

Der Flügel-Adjutant Sr. Majestät des Königs, Major v. Boddien, ist von Paris wieder hierher zurückgekehrt.

Der geh. Legations-Rath v. Meysenbug ist zum Bevollmächtigten für Baden am hiesigen Hofe ernannt worden. Derselbe wird in den nächsten Tagen hier eintreffen.

(H. C.) Die Nachlaßmasse des verstorbenen Prinzen August, welche die hiesigen Familien v. Waldenburg und v. Prillwitz betrifft, ist gegenwärtig so weit geordnet, daß von Seiten des Staates die Erbschaftssteuer erhoben werden kann. Wie bedeutend die Waldenburgische und Prillwitzsche Erbschaft von Seiten des Prinzen August ist, mag man daraus entnehmen, daß die an den Staat zu entrichtende Erbschaftssteuer 15,000 Thaler beträgt.

Köln, 27. Juni. Eine der letzten Haussuchungen wurde bei einem Freunde des verhafteten Dr. Daniels abgehalten, bei dem Dr. med. Klein. Herr Klein ist auch schon von dem Instruktionsrichter vernommen worden, weil er die Person eines hiesigen Polizei-Beamten in Civilkleidern nicht anerkennen wollte und protestirte, als dieser bei einem Manne, der Schriften kolportirte, Dr. Beckers „Republik oder Monarchie? II. Theil" mit Beschlag belegte. (Düsseld. Z.)

Elberfeld, vom 27. Juni. [Der Herr Handelsminister v. d. Heydt] ist von Essen über Steele mit einem Extrazuge der Prinz-Wilhelm-Eisenbahn hier angekommen. (Elberf. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 26. Juni. [Oesterreich, Preußen und England. — Die Verhandlungen des Bundestages.] Oesterreich hat den Vorsitz im Bundestage, den Vorsitz in der Militärkommission; ein österreichischer General ist Kommandant der in und um Frankfurt stehenden Truppen, Oesterreich steht hier in Allem an der Spitze. Die benachbarten Höfe sind von der preußischen Allianz zur österreichischen übergegangen oder sind doch nahe daran sich für die österreichische Politik zu erklären; Fürst Metternich ist auf Johannisberg angekommen und verkehrt häufig mit Diplomaten und Staatsmännern. Der Gouverneur der Bundesfestung Mainz ist ein österreichischer General; österreichische Offiziere und Soldaten in Rastatt verkehren friedlich und freundlich mit ihren badischen Kameraden. Der König von Würtemberg hat sich früher schon wie ein Vasall unter die Befehle seines Herrn und Kaisers (von Oesterreich) gestellt, am Hofe von Darmstadt hat man es in neuester Zeit oft und laut ausgesprochen, daß man von einer Union mit Preußen nichts mehr hören wolle, und in München hat man nie daran gedacht, mit Oesterreich zu schmollen oder zu grollen. Preußische Blätter haben sich die Illusion gemacht, in München stehe ein Bruch mit Oesterreich bevor. An Intriguen soll es nicht gefehlt haben, um dieses Ziel zu erreichen, aber es war vergebliche Mühe.

Der englische Bundestagsgesandte Lord Cowley, ist ven seiner Reise an die hier in der Nähe gelegenen Höfe zurückgekehrt, das Resultat seiner Bemühungen soll aber erfolglos geblieben sein. Lord Palmerston wird hier und in der Umgegend seinem politischen Gegner, dem Fürsten Schwarzenberg, schwerlich ein Bein stellen können. Lord Cowley, kaum hier angekommen, ist in ähnlicher Absicht schon wieder abgereist. Was werden ihm all' seine Bemühungen nützen? Scheint doch der preußische Bundestagsgesandte mit dem österreichischen, scheinen doch Herr v. Rochow und Graf Thun im herzlichsten Einverständniß zu leben. Sie laden einander ein, essen, trinken und spielen aufs freundlichste miteinander und die österreichisch gesinnten Organe hören nicht auf, den preußischen Bundestagsgesandten in die Wolken zu erheben.

Die wichtigsten Verhandlungen werden hier von der Militärkommission gepflogen, darum sucht man sie mit dem dichtesten Schleier des Gehemnisses zu verhüllen. Ich habe Ihnen schon gemeldet, daß eine Druckerei in den Bundespalast geschafft werden sollte; nun, die Druckerei ist dort schon errichtet, die Setzer und Drucker sind beeidigt und beaufsichtigt, Bundestagsbeamte sind stets um sie beschäftigt, und es ist alle Vorsorge getroffen, daß nichts außer dem Bundestagspalaste bekannt werde von Allem, was da drinnen vorgeht. (D. A. Z.)

Frankfurt, 27. Juni. [Flotte. — Der Prinz von Preußen.] Wenn in einem hiesigen Blatte bemerkt wird, daß die Bundesversammlung die Flottenfragen demnächst entschieden haben werde, indem die von den Bundestagsgesandten von ihren Regierungen erbetenen neuen Instruktionen bald eintreffen müßten, so ist dies ein Irrthum. Es handelt sich vorerst um die Frage einer weiteren Matrikular-Umlage von 538,000 Gulden zur Unterhaltung der Flotte in dem am 1. Juli beginnenden zweiten halben Jahre. Preußen hat bekanntlich erklärt, es werde an dieser Matrikular-Umlage selbst, so wie auch an der Berathung dazu keinen Antheil nehmen. Unter diesen Umständen steht zunächst zu erwarten, ob Oesterreich, Preußen und Baiern, welches erstere ganz und letzteres theilweise mit ihren Raten zur Unterhaltung der deutschen Flotte im Rückstande sind, zahlen werden. — Dasselbe hiesige Blatt läßt den Prinzen von Preußen demnächst einen zweitägigen Aufenthalt, zur Inspektion der hier garnisonirenden königl. preußischen Truppen, hier nehmen. Ich bemerke, daß davon in den militärischen Kreisen nichts bekannt ist, der königl. preußische Oberst v. Herwart, nachdem er vor einigen Tagen von der Mosel hieher zurückgekehrt, gestern die Inspektion der hier liegenden königl. preußischen Truppen begonnen hat und zwar mit dem ersten Bataillon 29. Infanterie-Regiments. Wohl aber vernimmt man nun, daß sich der

Prinz von Preußen in der zweiten Woche des Monats Juli nach Baden-Baden begeben, aber hier keinen längern Aufenthalt nehmen werde, wenn er auch Frankfurt berührt. — Die am Sonntage vor 8 Tagen wegen der von mir gemeldeten Excesse in dem nahen nassauischen Städtchen Höchst verhafteten preußischen Soldaten wurden auf die Reklamation des Regiments-Kommando's von hier sofort hieher ausgeliefert. Diejenigen, welche sich nur des Vergehens schuldig gemacht, sich ohne Urlaub entfernt zu haben, wurden disziplinarisch bestraft; die übrigen, welche bei den Excessen stark gravirt sind, befinden sich hier im Militär-Untersuchungs-Arrest. (Köln. Z.)

Gestern befand sich in hiesiger Stadt Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin von Liegnitz, die sich nach Homburg begiebt, wo sich auch Se. königl. Hoheit der Prinz Wilhelm von Preußen, Oheim des Königs, befindet; derselbe feiert dort am 3. Juli seinen 68. Geburtstag, zu welchem Tage Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen erwartet wird, der von dort nach Baden-Baden reist. Vorgestern gab General-Major von Schmerling den Mitgliedern der Bundes-Militair-Kommission ein Diner, zu welchem auch die Bundestags-Gesandten von Oesterreich und Preußen, Graf Thun und Herr von Rochow, gebeten waren. (Frkf. J.)

Karlsruhe, 26. Juni. Aeußerem Vernehmen nach wird Se. Maj. der König von Preußen im Monat August auf seiner Reise nach Hohenzollern auch die hiesige Stadt mit einem Besuche beehren und bei dieser Gelegenheit der Einweihung des für die in Baden gefallenen preußischen Krieger auf dem hiesigen Kirchhof zu errichtenden Monuments beiwohnen. (D.-P.-A.-Z.)

Dresden, 28. Juni. [Tagesneuigkeiten.] Der König und die Königin werden, wie wir vernehmen, an einem der ersten Tage in der künftigen Woche eine Reise nach Italien antreten und werden dabei die Städte Prag, Wien, Triest und Venedig berühren. — Die Ergänzungsmannschaften für die bekannntlich vor mehren Wochen in ihre Heimath zurückgekehrten ausgedienten Kapitulanten der österreichischen Truppen im Norden von Deutschland werden in den nächsten Tagen durch Sachsen nach Altona befördert werden. (Dr. K.)

Hannover, 28. Juni. Die gestrige Nachricht, daß das Oberappellationsgericht in Celle die für einstweilige Entlassung aus der Haft angebotene Kaution von 1000 Thaler für den Herrn Stechan angenommen habe, beruht auf einem Irrthum; es ist vielmehr entschieden, daß wegen der auf dem beschuldigten Vergehen liegenden hohen Strafe die Möglichkeit einer Strafentziehung durch die Flucht, auch durch die freiwillige Sistirung zur Haft nicht beseitigt sei und daher eine Haftentlassung nicht eintreten könne. Richtig ist übrigens, daß durch das Stadtgericht in der Person des Stadtrichters Meißner eine Untersuchung gegen Stechan eröffnet ist wegen vermutheter Verbindung mit Haupt, Röser u. a. Socialisten, und daß man ihm angekündigt hat, er sei jetzt verhaftet durch das Kriminalgericht und nicht mehr in Folge des Verweisungsurtheils vor das Schwurgericht. Die wegen des Gesundheitszustandes Stechan's bisher gestatteten Spaziergänge sind einstweilen inhibirt. (Z. f. N.)

Aus Norddeutschland, im Juni. [Die österreichischen Studien-Pläne.] Wie weitfliegend Oesterreichs Ideen über die neue Organisation des ihm anheimgegebenen und von ihm theils diplomatisch, theils militärisch dominirten Deutschland sind, beweist wohl nichts deutlicher, als die von demselben beim Bundestage beabsichtigte Organisation des deutschen Unterrichtswesens. Gelänge der diesfallsige Plan des Fürsten Schwarzenberg, dann käme Nord- und das protestantische Deutschland nicht blos auf die vormärzlichen, sondern sogar, wenn auch nicht auf die antediluvianischen, so doch auf die wissenschaftlichen Zustände vor der Reformation zurück. Denn da die vormärzlichen Studienpläne der österreichischen Universitäten und Bildungsanstalten überhaupt der dermaligen Reaktion nicht genügen, auch nicht genügen können, weil sie die Märzkatastrophe nicht nur nicht verhinderten, sondern sogar begünstigten, so ist es leicht vorauszusehen, von welcher Art die neue Unterrichtsorganisation sein wird. Die Jesuiten haben die schönste Aussicht, dazu berufen zu werden, Deutschlands Studienplane zu entwerfen und festzusetzen. Eine günstigere Gelegenheit zum Siege ihrer Sache hat sich ihnen seit jenen fernen Zeiten nicht mehr geboten, wo Tilly mit den Baiern und Kroaten Norddeutschland besetzte und bis an die Eider vordrang. Wird aber dieser Plan gelingen? Wir fürchten es nicht. Die Bildung des protestantischen Deutschland ist zu weit gediehen, als daß sie sich einer solchen Bevormundung überlassen könnte. Verhehlen wir es uns indeß nicht, daß die Freiheit der deutschen Universitäten in Gefahr ist, wenn Preußen sie ebenfalls verleugnet. Wir würden dann das System der vormärzlichen Bevormundung derselben von neuem auftauchen, ja es in verschärftem Maße wiederkehren sehen, weil die kleinern Staaten der damaligen Erfahrung gemäß nicht stark genug sind, den beabsichtigten Planen zu widerstehen, sobald die deutschen Großmächte sie zu realisiren entschlossen sind. Demnach wird Preußen Gelegenheit haben, es durch Thatsachen zu beweisen, ob es der Staat der objektiven oder der österreichischen Intelligenz ist. (D. A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Juni. Der König hat gestern einen Staatsrath gehalten, der, wie es heißt, heute fortgesetzt werden soll.

Nachrichten aus Aalborg vom 25. Juni zufolge, hatten seit dem 22. daselbst wiederholte ernste Tumulte gegen den auf offenem Felde abgehaltenen Gottesdienst der Mormonen-Sekte stattgefunden.

Oesterreich.

O.C. **Wien,** 27. Juni. [Der Zustand der österreichischen Finanzen.] Die Augsb. Allg. Ztg. brachte gestern unter dem Titel „Ein Stück Gegenwart" einen inhaltreichen und gediegenen Aufsatz, welcher den Zustand der österreichischen Finanzen einer gründlichen und umfassenden Beleuchtung unterzieht und jedenfalls in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Mit eben so viel Schärfe als wahrhaft staatsmännischem Feinblick und objektiver Ruhe zeigt der Verfasser einerseits, welch' bedeutende Entwickelung der Steuerkraft der österreichischen Völker noch bevorsteht und wie andererseits eben dieser Prozeß mit der damit verbundenen Progression der Einnahme ein allzuschnelles und stürmisches Experimentiren bezüglich der Regelung der Geld- und Valuten-Verhältnisse verbietet.

In erster Beziehung gelangt der Verfasser auf dem Wege eines sinnreichen Kalküls zu dem Ergebnisse, daß die jährliche Staatseinnahme in nicht ferner Zeit die Höhe von 250 Mill. Fl. erreichen, ja hoffentlich sogar übersteigen wird. „Aber", fährt er fort, „geben im Finanzfache 2 mal 2 immer 4?" und beantwortet den selbst aufgeworfenen Zweifel mit folgenden Worten: „Der kaltblütige, vorsichtige, mit den gegebenen Verhältnissen allseitig vertraute finanzielle Kenner berechnet das Aufsteigen dieses Einnahme-Budgets im Laufe des Jahres 1851 nur bis zur Höhe von 216 Millionen, im Jahre 1852 erst bis 240 Millionen; dann aber auch im Jahre 1853 schon weit über 250 Millionen. Man bedenke wohl, daß eine solche Steuersumme in dem doppelkräftig sich aufrichtenden Oesterreich noch nicht die Hälfte der französischen Einnahme erreicht; man erwäge dies, ehe man uns unbescheidene Erwartungen vorwirft."

Auch wir sind der Ansicht, daß eine solche Erwartung sich leichter und natürlicher erfüllen wird, als mancher Pessimist glaubt. Die Summe der österreichischen Gesammt-Einnahme vor dem März 1848 betrug bekanntlich im Durchschnitte 160 Mill. Fl. Durch die namhaften Steuerzuschläge in den ehemals sogenannten deutschen Kronländern namentlich auf die Grund- und Häusersteuer, durch den Ertrag der jetzt immer noch in spärlichen Quoten einfließenden Einkommensteuer, endlich und hauptsächlich durch die kaum erst in das Leben getretene indirekte Besteuerung Ungarns, Kroatiens, Slavoniens, der Wojwodschaft und Siebenbürgens ist jedenfalls eine bedeutende Zunahme gegen den vormärzlichen Stand der Einnahmen zu hoffen. Dazu gesellt sich die Ressource unerschöpflicher Naturschätze, welche durch den rege gewordenen Gewerbsfleiß und den Unternehmungsgeist gewinnlustiger Staatsbürger werden gehoben werden, und durch die daraus entspringende Vermehrung des Nationalreichthums ohne Zweifel nur fördernd auf die Steigerung der Steuerkraft im Allgemeinen einwirken können.

In Betreff der Geld- und Valuten-Verhältnisse ist der kundige Verfasser weit entfernt, in das Klagelied Derjenigen einzustimmen, welche dieselben, sei es aus Unwissenheit, sei es aus eigennütziger Absicht als tief verfallen und hoffnungslos darzustellen pflegen. Von großem Gewicht ist die von ihm aufgeworfene Gegenfrage: „Wie gerade jene leisen Zweifler, welche nicht allein die Steuerkraft Oesterreichs bestreiten möchten, sondern noch nebenbei sich gern und oft die allerdings triftige Bemerkung wiederholen: bei dem jetzigen Stande des Agio seien diese 250 Mill. doch nur 200 Mill. wirkliches Geld, — doch täglich dringlicher rathen können, die Steuern noch um 50 Mill. plötzlich zu erhöhen, oder hat das Drängen zu einem riesigen Anlehen um jeden Preis, damit sich dadurch und unverzüglich das Papiergeld auf pari stelle, einen andern Sinn? Hieße das nicht den jetzigen Steuerwerth von 200 Mill. Silber über Nacht auf 250 Mill. hinaufschnellen?"

Jedenfalls scheint auch uns das System des Ueberganges in dieser Beziehung rathsamer und angemessener, als eine überstürzte Reform, welche den Gegensatz zwischen der Steuerzahlung in dem jetzt zirkulirenden Papier und in Silber ungewöhnlich scharf hervorkehren würde. Wenn hingegen einige Zeit darüber vergangen sein wird, so wird der Unterschied wenig mehr auffallen und die Macht der Gewohnheit erleichternd hinzutreten.

Der Verfasser hat überdies wohlgethan, auf die Größe der der österreichischen Monarchie immer noch zu Gebote stehenden Schätze, welche in Staatsgütern und theilweise schon ganz ausgebauten Eisenbahnen bestehen, hinzuweisen, um es recht augenfällig zu machen, daß es diesem Staate zur Stunde keineswegs an hinreichender Dekkung gebricht, um das von ihm in Umlauf gesetzte Papiergeld, dessen Maximum erst neuerlich mit einem Betrage von 200 Mill. Fl. C.-M. normirt und begrenzt worden ist, zu konsolidiren, wenn es auch im Augenblicke nicht nothwendig erscheint, diese Fundirung in der Form einer ausdrücklichen Hypothezirung auszusprechen.

Wir wünschten, daß sich öfters so unbefangene und geistreiche Stimmen über unsere finanziellen Zustände in der deutschen Journalistik vernehmen ließen und jene Tadler und Läster zum Schweigen bringen, deren Unwissenheit nur von ihrer Leidenschaftlichkeit übertroffen wird. Es bedarf in den Finanzen mehr als in jedem anderen Zweige der Politik eines sicheren, vollkommen ruhigen und vor Allem weit tragenden Blickes, um den Verhältnissen tiefer auf den Grund zu sehen und die Gesetze der mathematischen Nothwendigkeit zu durchschauen, nach welchen dieselben sich bewegen und entwickeln. Das Talent solcher Auffassung besitzt der Verfasser des erwähnten Aufsatzes in hohem Maße, und wir blicken daher den ferneren versprochenen Leistungen seiner Feder mit namhaftem Interesse entgegen.

O. C. **Wien,** 29. Juni. [Die Finanzfrage. — Graf Deym.] Die Aufsätze, welche die „Allgemeine Zeitung" unter der Bezeichnung: „Ein Stück Gegenwart," seit einigen Tagen in fortlaufender Reihe brachte, haben nicht allein den lebhaftesten Beifall des sachkundigen Publikums gefunden, sondern was noch mehr gilt, tiefen Eindruck gemacht, u. einen kräftigen Heilschnitt durch das verknöcherte Vorurtheil, welches die Finanzkraft Oesterreichs noch immer zu bezweifeln wagt, geführt. Sie zeichnen sich nicht blos durch hohe, objektive Darstellungswahrheit, sondern eben so sehr durch überraschenden Ideenreichthum aus. Eine Fülle von Vorschlägen in allen Richtungen taucht darin auf und keinem derselben kann man das Zeugniß praktischer Brauchbarkeit versagen; keiner ist chimärisch, keiner drängt zu Ueberstürzungen, keiner verdient unbeachtet gelassen zu werden, denn jeder fordert zu ernsthaftem Nachdenken auf, und als Ergebniß dieser geistvollen Betrachtungen stellt sich die Ueberzeugung fest, daß der Stand der österreichischen Finanzen im Großen und Ganzen nicht nur kein hoffnungsloser, sondern vielmehr ein hoffnungsvoller, ein im Vergleiche mit manchen anderen Staaten entschieden günstiger ist. Treffend wird von dem Verfasser, im Interesse des steuerpflichtigen Volkes und vom Gesichtspunkte des wohlbegriffenen Staatsvortheils, die Inconvenienz eines übergroßen Silber- oder Papieranlehns hervorgehoben. Ausgezeichnet ist die Weise, in welcher er die Conversion der Coupons in neue, sogenannte Silber-Obligationen, worin er mit vollem Rechte das Streben, etwas an der Staatsschuldenlast zu ersparen, als rein sekundär bezeichnet, vielmehr den Wunsch, selbst unter den drückendsten Verhältnissen den Staatsgläubigern gerecht zu werden und sie für die erlittenen Verluste thunlichst zu entschädigen, als entscheidend hervorhebt. Zum Schlusse des letzten Aufsatzes spricht er die Meinung aus, die Entwerthung des Staatspapiergeldes sei keinesfalls durch die Ueberfüllung in außerordentlichem Maaße. Auch wir sind vollkommen von der Ansicht durchdrungen, die Zirkulation bedürfe jetzt größerer Quantitäten von Geld und Geldzeichen, als vor der Revolution. Der Verfasser zählt mehrere Gründe dafür auf: die Nothwendigkeit baare Rimessen nach dem Auslande zu schicken, die Schmälerung des Privatkreditwesens, wonach Geschäftsleute sich jetzt nicht mehr die Wechsel ihrer Kunden zuzugiriren, sondern baare Ausgleichung zu treffen pflegen — die erhöhten Steuern — die Nothwendigkeit, den großen Grundbesitz jetzt mit baarem Gelde zu bestellen, was vordem mit Robot geschah, — die Ergebnisse der Grundentlastungsoperation. Wir vermöchten selbst noch einige derartige Gründe aus Eigenem

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 180 der Breslauer Zeitung.

Dinstag, den 1. Juli 1851.

(Fortsetzung.)

hinzuzufügen: Die Einführung der neuen Steuern in den ungarischen Provinzen, die Vervielfältigung des Verkehrs durch das immer weiter sich ausdehnende Eisenbahnnetz — die Steigerung der Produktion und Consumtion nach einem Revolutions- und einem blutigen Kriegsjahre — endlich der gesteigerte Staatsbedarf selbst. Recht hat dennoch der Verfasser, wenn er schreibt: „Es ist vielleicht etwas zu viel Geld gemacht worden, gewiß aber mußte neues Geld geschaffen werden.“ — Den „Pr. Nov.“ zufolge ist diese Tage Graf Moritz Deym, gewesener k. k. Regierungskommissär in Krakau und später Stadthauptmann in Prag, in seinem 43. Lebensjahre auf der Straße nächst Einsiedel im Egerer Kreise in Böhmen vom Schlage tödtlich getroffen worden.

Italien.

Rom, 18. Juni. [Die hiesigen Zustände] werden immer trauriger. Die Denunciationen sind an der Tagesordnung, und da sie meist sehr leicht Eingang finden, so läßt man Verhaftungen und Haussuchungen gegen sehr arglose Bürger vornehmen, die erst durch diese Vexationen Feinde der Regierung werden. Der Haß der Bevölkerung gegen das herrschende System macht sich durch die schrecklichsten Mittel Luft. Man fängt wieder an, explodirende Cigarren zu verkaufen, besonders an die Franzosen, ein Offizier hat dieser Tage durch eine solche Cigarre ein Auge verloren. Von den allzueifrigen Werkzeugen dieses Systems sucht man sich durch den Dolch zu befreien. Mehrere Fälle der Art sind in den letzten Tagen vorgekommen, unter Andern folgender. Am Sonntag den 8. Juni erhielt der im Kerker schmachtende Notar Apollini nach achtmonatlichem Anliegen die Erlaubniß seinen Sohn zu sehen. Die Erschütterung des armen Vaters war so groß, daß er in dem Augenblick der Umarmung seines Sohnes vom Schlage getroffen wurde. Monsignore Marco Evangelisti, der Kanzler des Tribunals der Konsulta, der durch die Härte seines Gemüths bekannt ist, war bei der Scene zugegen und gestattete nicht die Herbeiholung eines Wundarztes, um dem Vater zur Ader zu lassen, sondern bestand auf seine sofortige Entfernung aus dem Gefängniß, damit er nicht innerhalb desselben sterbe. Am Sonntag den 15. erhielt dieser Evangelisti, als er sein Haus verließ, von einem unbekannten Individuum einen Dolchstich in den Unterleib, der wahrscheinlich seinen Tod zur Folge haben wird. (Nach dem „Osservatore Romano“ ist derselbe bereits erfolgt). — Monsignore d'Andrea, außerordentlicher päpstlicher Kommissär in der Provinz Umbrien, hat Spoleto verlassen und ist hier angekommen. Er erzählte dem Fürsten Orsini, daß die dortige Position nicht mehr haltbar sei, wenn man ihm nicht eine stärkere Garnison schicke. Das Land ist mit Pamphleten und Flugblättern überschwemmt, welche die Aufregung unterhalten; namentlich soll ein Buch, das den Titel führt Addio al Papa, von großer Wirkung sein. — Aus den Legationen, wo die Oesterreicher stehen, hört man fortwährend von Kriegsgerichten und Bluturtheilen. So sind in Rovigo vor Kurzem 18 Individuen eingebracht und vor ein Kriegsgericht gestellt worden; die Meisten sollen eingestanden haben, daß sie zu den Banden gehörten, die seit einem Jahre das Land durchstreiften. 17 von ihnen wurden am Tage nach ihrer Ankunft erschossen. Die Gefängnisse von San Leo, Castelfranco und Bologna sind voll von Gefangenen. — In Florenz sind die Zustände nicht besser. (N.-Z.)

Großbritannien.

London, 27. Juni. [Parlaments-Verhandlungen vom 25. Juni.] Im Unterhause beantragt Cowan die zweite Lesung der schottischen Universitäts-Bill (Beseitigung der von den Professoren abzulegenden religiösen Bekenntniß-Eide). Er weist darauf hin, wie kaum irgend eine Aehnlichkeit bestehe zwischen der Verfassung der schottischen und der englischen Universitäten, namentlich hinsichtlich ihrer Beziehung zu den Staatskirchen (established churches) der beiden genannten Länder. Von dem schottischen Studenten werde nicht verlangt, daß er innerhalb der Mauern des Kollegiums wohne. Eben so wenig brauche er irgend ein religiöses Bekenntniß zu unterschreiben. Auch werde dies von denen nicht gefordert, welche im Begriff seien, akademische Ehren oder Würden zu erlangen. Ueberhaupt seien die schottischen Universitäten keine kirchlichen Anstalten. Im 17. Jahrhundert, als der lange und erbitterte Kampf zwischen den Anhängern des göttlichen Rechtes der Könige auf der einen und den Verfechtern der bürgerlichen und religiösen Freiheiten des Volkes auf der anderen Seite geführt worden sei, hätten die Männer der Episcopal-Kirche zur Zeit der Restauration Karl II., wo sie in Schottland die Macht in Händen hielten, eine Akte durchgesetzt, laut welcher alle Lehrstühle auf den schottischen Universitäten nur mit Bischöflichen besetzt werden sollten. Damals habe man dem Lande die Episcopal-Kirche mit Gewalt aufdringen wollen. Zur Zeit der Revolution sei es anders geworden. Wilhelm III. habe nach seiner Thronbesteigung in die Etablirung des Presbyterianismus gewilligt, wenn gleich mit großem Widerstreben. Im Jahre 1690 habe das schottische Parlament sämmtlichen Universitäts-Professoren einen Bekenntniß-Eid (test) auferlegt, und zwar ausdrücklich in der Absicht, alle Gegner der damals bestehenden Regierung, so wie alle Prälatisten und Papisten auszuschließen. Verschiedene Personen seien Kraft dieses Gesetzes ausgestoßen worden, weil man sie als eifrige Anhänger der bischöflichen Kirche und der jakobitischen Erbfolge gekannt habe. Eine der Klauseln in der von den Professoren bei ihrer Amts-Ernennung zu unterzeichnenden Formel habe folgendermaßen gelautet: „Und ich verspreche, keinen Weg verfolgen zu wollen, welcher von der etablirten Kirche abweicht (that I shall follow no divisive course from the present establishment in this church), und allen Lehren, Glaubenssätzen und Meinungen zu entsagen, welche der besagten Lehre, Gottesverehrung, Ordnung oder Regierung dieser Kirche zuwiderlaufen.“ Nun sei aber die etablirte schottische Kirche von heute etwas ganz anderes, als die etablirte schottische Kirche des Jahres 1690, und die Ablegung jenes Bekenntnisses gewinne dadurch eine ganz andere Bedeutung. Es sei eine bekannte Sache, daß, ehe die schottischen Kommissare in den Unions-Vertrag willigten, sie es ausdrücklich zur Bedingung gemacht hätten, daß die Doktrin und Disziplin der Kirche unverändert so fortbestehen solle, wie sie zu jener Zeit bestand. Das britische Parlament aber habe diese Bedingung des Unions-Vertrages durch einen Beschluß im Jahre 1711 auf's gröblichste verletzt und den Grund zu allen den später innerhalb des Schooßes der schottischen Kirche ausgebrochenen Zwistigkeiten gelegt. Die „tests“, welche die Bill beseitigen wolle, hätten, wie bereits erwähnt, den Zweck gehabt, die Prälatisten von den Lehrstühlen auszuschließen. Nichts desto weniger sei eine große Anzahl dieser Lehrstühle mit Bischöflichen besetzt und zwar, wie er mit Freuden ausspreche, zu Nutz und Frommen der Universitäten. Alles, was er verlange und durch die Bill erzielen wolle, sei, daß man auch anderen Dissenters, deren Ausschließung nie in der Absicht der erwähnten Bestimmung gelegen habe, den Zutritt zu den Lehrstühlen auf den schottischen Universitäten verschaffe. Lockhart beantragt, daß die zweite Lesung bis über 6 Monate vertagt werde. Die öffentliche Meinung habe sich nicht hinlänglich stark zu Gunsten der beabsichtigten Veränderung ausgedrückt, um einen so wichtigen Schritt in dem gegenwärtigen Augenblick zu rechtfertigen. Sir G. Grey theilt die Ansichten Cowan's und erklärt, für die Bill stimmen zu wollen, wenn es zur Abstimmung komme. Doch hält er den Zeitpunkt für nicht günstig gewählt und ist der Meinung, daß die Bill wenig Aussicht habe, in der gegenwärtigen Session durchzudringen. Die zweite Lesung wird mit 66 gegen 65 Stimmen verworfen. M'Cullagh beantragt die zweite Lesung der Encumbered Estates Leases Bill, bleibt aber mit 79 Stimmen (94 gegen 15) in der Minorität.

[Parlaments-Verhandlungen vom 26. Juni.] Das Unterhaus beschäftigt sich in seiner Morgen-Sitzung wiederum mit der Wahl von St. Alban's. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der die Untersuchungs-Kommission betreffenden Bill. Bankes bekämpft die Bill, indem er behauptet, sie weise einem inquisitorischen Gerichtshofe von Kommissaren eine Sache zu, welche durch hohe richterliche Behörden und durch einen aus Mitgliedern des Hauses gebildeten Ausschuß untersucht werden müsse. Im Oberhause werde sie sicherlich nicht durchgehen. Er beantragt die Vertagung der dritten Lesung bis über 6 Monate. Bei der Abstimmung ergeben sich für das Amendement 16, gegen dasselbe 37 Stimmen. Majorität für die Bill 21. Das Haus vertagt sich um 2 Uhr bis auf 5 Uhr.

Frankreich.

* **Paris,** 27. Juni. [Legislative Versammlung.] Den Vorsitz führt Bedeau. — Fortsetzung der Debatte über den Antrag St. Beuve. St. Beuve beginnt mit der Bemerkung, daß fremde gewebte Stoffe in Frankreich fast verboten seien und weist den daraus für die Konsumenten erwachsenden, ungeheuren Verlust nach. Er vergleicht die Handelsmarine Englands und Frankreichs, was zu des letztern Nachtheil ausfällt. Er verliest sodann ein Schreiben des Rheders Collin von Havre, der erklärt, jede Konkurrenz annehmen zu wollen, wenn man sonst Niemand auf seine Kosten beschütze. Schließlich kritisirt er bitter den unter der Restauration abgeschlossenen englisch-französischen Handelsvertrag, der eines Königs würdig gewesen, welcher sagen konnte: Nächst Gott verdanke ich meine Krone dem Prinzregenten, und endete mit den Worten: „Wenn es wahr ist, daß alle Revolutionen ein Uebel sind, so sind doch die schlimmsten darunter diejenigen, die keinerlei Resultat herbeiführen.“ Thiers ergriff das Wort zur Bekämpfung des Freihandelssystems. Er sagte: Würde St. Beuve's Antrag angenommen, so wäre in wenigen Tagen Frankreichs Wohlstand zu Grunde gerichtet, denn das Schutzzollsystem habe Frankreich reich gemacht. Wenn England allerdings seine Ausfuhr von 1830 bis 1850 verdoppelt habe, so brachte sie Frankreich inzwischen von 467 auf 1107 Millionen. Die nicht unbedingt überlegene englische Industrie leide seit fünf Jahren furchtbar. Endlich seien auch die Finanzverhältnisse beider Länder verschieden. In England ständen indirekte und direkte Steuern wie 9 zu 1, in Frankreich beinahe gleich. Die Einkommenstener wäre schon eine Annäherung an das französische System. Unsere Einkommensteuer wäre die Thür-, Fenster- und Gewerbesteuer, eine Errungenschaft der „großen und ehrenvollen“ Revolution von 1789. (Heiterkeit.) In Frankreich wäre nicht nur die Industrie, sondern auch Wein und Korn geschützt. In England wäre das Grundeigenthum großarrondirt, in Frankreich parzellirt. Wenn England ein Drittel seiner Lebensbedürfnisse vom Auslande beziehe, so verwende es dazu auch 4—5000 Schiffe. Käme ein Krieg, so würde der Preis verdoppelt werden. Ein Drittel der Konsumtion den Gefahren des Meeres auszusetzen, wäre nur die Sache von Kindern oder Narren. Schaffe man den Zoll von 50 Fr. pr. Stück und 22 pCt. auf Rindvieh und Wolle ab, so würde Frankreich mittelst der Eisenbahnen mit Rindvieh überschwemmt, die Schafzucht aber zu Grunde gerichtet. Ohne Schaafe kein Dünger, ohne Dünger kein Ackerbau. Die Steinkohlen in Frankreich würden nur durch den Transport vertheuert, man müsse daher sich gedulden, bis bessere Kommunikationen hergestellt seien. Das Eisen endlich wäre in Frankreich um ungefähr 6 Fr. pr. Centner theurer, was nicht fühlbar wäre. Das Eisen sei übrigens, Dank den Fortschritten der französischen Industrie im Preise gegen früherhin gesunken. **Den Schutz gegen das englische Eisen aufgeben wollen, wäre Aberwitz, denn bei der ungeheuren Produktion der englischen Eisenindustrie hätte man die Aussicht, durch das englische Eisen überfluthet zu werden, was unsere Industrie zu Grunde richten müsse.** Daß das französische Eisen theurer als das englische, verschlage wenig gegen unsere Agrikulturinteressen. Man weise auf das Vorbild der Engländer hin?! Man möge nur einen Rückblick auf die Geschichte des englischen Schutzsystems seit Heinrich dem Achten werfen, um zu wissen, wem England seine industrielle und kommerzielle Größe zu verdanken habe. Nur dem Schutzsysteme habe Frankreich seine industriellen Erfolge ebenfalls zu verdanken. Die Resultate der Handelsreformen in England seyen noch problematisch, und jedenfalls für die englische Agrikultur ein Ruin. Bei alledem sei Brodt und Fleisch zu Paris billiger als zu London. Schließlich weiset Thiers auf die Handelspolitik der Vereinigten Staaten und Rußlands hin, die durch die Natur der Verhältnisse auch zum Schutzsysteme hingedrängt würden. — Die Debatte wird vertagt.

** **Paris,** 27. Juni. [Die Revisionsfrage.] „Wenn Sie die Verfassungs-Revision votiren, so wird das Loos der Exekutivgewalt durch eine neue Konstituirende definitiv geregelt werden. Im andern Falle wird das Volk im Jahre 1852 seinen neuen Willen aussprechen.“ Dies sind die Worte die L. N. Bonaparte am 12. November durch das Organ seines Ministers des Innern an die Nationalversammlung richtete. So wenig sie für den aufmerksamen Beobachter damals etwas Neues enthielten, da L. N. Bonaparte offenbar niemals innerhalb der Dauer seines verfassungsmäßigen Mandats an eine Usurpation gedacht, wohl aber stets eine direkte Wiederernennung durchs Volk im Jahre 1852 im Auge gehabt hat, so wenig dürfen sie im gegenwärtigen Augenblick trotz der verbreiteten Befürchtungen vor gewaltsamen Unternehmungen des Elysee als veraltet betrachtet werden.

Was damals wahr gewesen ist, ist auch noch wahr: der Präsident der Republik, von der Ansicht ausgehend, daß er dem französischen Volke für die nächste Zukunft unentbehrlich ist, hat allerdings wenig Lust, im Jahre 1852 wie der erste beste konstitutionelle Präsident von der Regierung abzutreten. Allein es läßt sich mit Bestimmtheit versichern, daß er seine Erhaltung in der Regierung nur in der Form eines Ausspruchs der National-Souveränetät suchen wird, daß er nicht unternehmen wird, durch Gewalt zu erlangen, was er vom allgemeinen Stimmrecht erwartet und was dieses allein geben kann.

Man erzählt sich, daß Dr. Veron seinen famosen Artikel über die Reformen zu Gunsten des Volkes, die der Präsident der Republik, wenn er erst einmal wieder gewählt sei, ins Leben rufen werde, in Folge eines Mittagessens, zu dem er alle Minister und Lord Normanby eingeladen hatte, der Oeffentlichkeit übergeben ließ, und man

fragt sich daher, ob in dieser geheimen Zusammenkunft vielleicht der Versuch einer neuen Politik verabredet worden ist.

Die heutigen Leitartikel der Pariser Journale enthalten fast nichts von Interesse. Emil de Girardin hat in der „Presse“ einen längeren Artikel über die Kommission, mit der Prüfung der Anträge für Verfassungsrevision beauftragt, veröffentlicht, der nicht ganz ohne Interesse ist und deßen Schluß wir mittheilen:

„Wenn ein so großes Land — heißt es in demselben — als Frankreich sich soweit erniedrigen könnte, um einen Augenblick lang den Handschuh der Parteien aufzunehmen, so wäre der grausamste Streich, den es den Legitimisten spielen könnte, sie bei ihrem Worte zu nehmen und ihnen zu sagen: „Ihr wollt die Revision; gut, nehmt sie! Was könnten die Unglücklichen mit derselben machen? Die erste Frage, die sie vorbrächten, würde sie uneinig machen: denn was die orleanistische Partei wünscht, verwirft die legitimistische.

Die Legitimisten wollen weder die Herrschaft der Mittelklassen, noch die Gleichstellung der Religionen; die orleanistische Partei will weder die Oberheit des Adels, noch den Ausschluß aller Religionen, mit Ausnahme der katholischen. Zwischen der legitimistischen und orleanistischen Partei liegen eine Masse Ideen, welche eine größere Trennung zwischen ihnen machen, als der Kanal zwischen Frankreich und England. Das Vorhergehende erklärt die Armuth der Gründe und die Verlegenheit des Auftretens des Herrn von Broglie vor der Kommission. Indem er die totale Revision verlangt, erklärt er nicht dadurch, daß er die Restauration der Monarchie will? Warum verlangt er sie alsdann? Ist es einfach, um das Land in Aufregung zu versetzen.

Neun Stimmen gegen sechs haben die Revision votirt. Desto besser. Der Bericht muß erklären, was man will und die verschiedenen Fragen müssen klar auf der Tribüne auseinandergesetzt werden. Wiederum desto besser! Gestern war die Verwirrung der Revisionsjournale offenkundig. Haltet eure Köpfe stolz in die Höhe seit eurem Triumph! Erteaget muthig euren Sieg. Laßt euch nicht von ihm zu Boden werfen. Jeder von euch gleicht einem vom Huhn gefangenen Fuchs! Was würdet ihr aber am Morgen des Tages thun, an dem die Revision, wie sie von Broglie vorgeschlagen, mit der 3/4 Majorität votirt werden würde?“

Uebrigens fügt sich auch die Aff. nat. bereits in ihr Schicksal und gesteht ein, daß eine Revision nicht stattfinden werde. Sie hält dafür, daß der Ordnungs-Partei jetzt keine andere Schutzmauer gegen die Ueberfluthung des Jahres 1852 bleibe, als — Festhalten am Wahlgesetz vom 31. Mai.

Der Bericht des Hrn. v. Tocqueville soll sehr scharf und in einem dem Elysee höchst unangenehmen Tone abgefaßt sein; auch sagt man, daß dem Präsidenten die Revüen auf lange Zeit verleidet seien, da er der gestern vorbereiteten anti-bonapartistischen Demonstration sich nur durch eine Art von Flucht habe entziehen können.

Von Emil Girardin ist eine Broschüre erschienen unter dem Titel: „Die gesetzliche Revolution durch die Präsidentschaft eines Arbeiters. Demokratische und friedliche Lösung für 1852.“ Sie macht großes Aufsehen und ihr spottbilliger Preis — zu 2 Sous!!! empfiehlt sie dem Zweck der ausgedehntesten Propaganda.

Die Garnison zu Rom soll um 1500 Mann verstärkt werden. General Gemeau, von welchem dermaßen wichtige Depeschen angelangt sind, daß sie von Toulon nach Paris mit dem Telegraphen befördert wurden, hat bereits die Besetzung einiger neuen Posten verlangt, unter andern auch die Besetzung der Wachtposten am Quirinal, was vom römischen Gouvernement verweigert ward.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 30. Juni. [Ihre kaiserl. Hoheit die Herzogin von Leuchtenberg] ist in Begleitung eines zahlreichen Gefolges mit dem heutigen Nachmittagszuge der oberschl. Eisenbahn, von Warschau kommend, hierselbst eingetroffen und im königl. Palais abgestiegen, um hier zu übernachten und mit dem morgigen Frühzuge der niederschlesisch-märkischen Bahn ihre Reise nach Berlin fortzusetzen.

** **Breslau**, 30. Juni. [Johanna Wagner], die gefeierte Künstlerin deren rasch gewonnener Ruhm ihr seit Kurzem ein ehrenvolles Engagement an der königl. Oper zu Berlin verschaffte, trifft im Laufe dieser Woche, Donnerstag oder Freitag hier ein, und wird nächsten Sonntag ihr Gastspiel als Romeo eröffnen. Fräulein Babnigg giebt die Julia, in welcher Partie sie Allen unvergeßlich bleiben wird, welche sie einmal darin zu hören Gelegenheit hatten.

Breslau, 29. Juni. [Der Enthaltsamkeitsverein] feierte heute sein achtes Jahresfest in der Kirche des Armenhauses, die von Mitgliedern sehr sinnig mit Blumen geschmückt worden und von zahlreichen Theilnehmenden erfüllt war. Gesang und Wort wechselten. Gebet und Ansprache hielt Diakonus Weiß; den Jahresbericht trug der zeitige Vereins-Vorsteher, Ekklesiast Kutta, vor; die Aufnahme von 11 neuen (7 männlichen und 4 weiblichen) Mitgliedern vollzog Senior Berndt, der auch das Schlußgebet hielt und den Segen ertheilte. Nach dem Jahresberichte hat der Verein auch in seinem achten Jahre seinen stillen Gang fortgesetzt und bisher 761 (125, 125, 107, 111, 127, 49, 73, 44) Mitglieder aufgenommen, dagegen durch Tod, Ortsveränderung und Untreue 242 derselben verloren, so daß er gegenwärtig aus 519 (374 männlichen und 145 weiblichen) Mitgliedern besteht. Seine Versammlungen hält er an dem letzten Sonntage jedes Monats in der, hierzu ihm von der städtischen Behörde, bewilligten Kirche des Armenhauses ab; seine Mittel findet er in freiwilligen Gaben, welche in diesen Versammlungen gespendet werden; seine Hauptstütze aber im Evangelium, weil ohne diese Kraft Gottes eine innere Umwandelung der Ueberzeugung nicht möglich ist. Das mag pietistisch klingen, ist aber einmal nicht anders. Die Verpflichtung, welche jedes neue Glied vor der Versammlung öffentlich ablegt, lautet dahin: sich nicht allein selbst des Genusses solcher geistiger Flüssigkeiten, welche durch Destillation gewonnen werden, zu enthalten, indem auch Andere zu gleicher Enthaltsamkeit zu vermögen. Sie wird auf so lange als bindend betrachtet, als der Verpflichtete nicht selbst erklärt, daß er von seinem Versprechen entbunden werden wolle. Darüber, daß geistige Flüssigkeiten, welche durch das naturgemäße Gesetz der Gährung entstehen, sich von denen, welche durch den gewaltsamen nicht naturgesetzlichen Prozeß der Destillation hervorgebracht werden, in Stoff und Wirkung bedeutend unterscheiden, ist die Wissenschaft einig; daß daher die ersteren, als naturgesetzliche Erzeugnisse, ohne allen Nachtheil für die Gesundheit genossen werden können, während diese ursprünglich Arzneimittel sind, mithin nur auf Anordnung des Arztes angewendet werden dürfen, ist eben so wenig zweifelhaft. Wer möchte wohl mit Grund eine Verbindung anfechten, die dem Genusse eines als Gift sich erweisenden Arzneimittels, dessen furchtbare Wirkungen Leib und Seele zerrüttet, das Familienglück zerstört, die Zuchthäuser bevölkert, mit allen Kräften entgegen zu arbeiten sich bestrebt, und dazu der Religion, als einer Hauptmacht, sich bedient? Wir schelten die Engländer, daß sie das chinesische Volk durch Opium vergiften, die Ureinwohner Afrika's und Amerika's durch die Macht des Branntweins verderben, des Handels und Gewinnes halber, und reichen statt des Brotes und der Kartoffel dem Armen ein verderbliches Feuerwasser, verderben des Schlachtviehes Fleisch durch Schlempe — nicht auch des Gewinnes halber? Joh.

Breslau, 29. Juni. [Eine Räuberbande.] Am Anfang dieses Monats ist es gelungen, zu Suhlau eine aus vier Personen bestehende Räuberbande zu verhaften, welche mit Pferd und Wagen versehen, ganz Schlesien stehlend und raubend durchzogen hatte. Die Mitglieder dieser Bande wurden theilweise steckbrieflich verfolgt. Durch ihre Aufgreifung ist der öffentlichen Sicherheit ein höchst wichtiger Dienst geleistet worden. Bereits ist das Geständniß über die Verübung von 10 gewaltsamen Einbrüchen und sechs Raubthaten abgelegt, welche von dieser Bande verübt worden sind. Die Untersuchung, so wie der Prozeß gegen diese Bande, welche mit einer Menge von Verbrechern durch ganz Schlesien in genauem Verkehr und in Verbindung gestanden hat, wird einer der verwickeltsten, aber auch der interessantesten werden, welche bisher zur Verhandlung gekommen sind. (Bresl. Anz.)

Breslau, 28. Juni. [„Die Blinden sehen!“] So muß man tiefgerührt in der hieselbst seit 32 Jahren durch Milde edler Menschen begründeten und erhaltenen Blinden-Unterrichts-Anstalt bei jeder jährlich sich erneuernden Prüfung ausrufen. Die diesmalige hatte heute in den weiten, heitern Räumen derselben zahlreiche Theilnehmer versammelt. Da standen, nett und sauber uniformirt, die sowohl männlichen als weiblichen, theils blind gebornen, theils erblindeten 42 Zöglinge des Instituts mit ihrem, seit seinem 9ten Jahre selber des Augenlichts beraubten Oberlehrer Knie, bereit, ein lebendiges Zeugniß abzulegen, in wie weit erfinderischer Liebe und unermüdlichem Fleiße gelungen sei, ihrer Seele durch die Kanäle des Gehör- und Tast-Sinnes auch das einzuflößen, was bei uns Sehenden durch den „Wunderring, der das ganze Weltall einsaugt“, in unser Inneres unwillkürlich strömt. Nach einem, von den sanften Akkorden ihrer kleinen Orgel begleiteten Chorale, galt es zuerst der Prüfung in den Elementar-Schulkenntnissen und Fertigkeiten theils durch den Oberlehrer, theils durch den Hilfslehrer Kienel. Der Knaben waren hier 12, der Mädchen 7. Religion, biblische Geschichte, deutsche Sprache, Naturbeschreibung Hand in Hand mit Technologie, Naturlehre, Erdkunde, namentlich Schlesien, Weltgeschichte und Lesen wurden vorgeführt, Letzteres vermittelst der Fingerspitzen in dicken Folio-Büchern, deren starke Blätter Schrift von durchstochenen, lateinischen Uncial-Buchstaben enthalten. Einzelne Blättchen der Art wurden als Schriftproben der Blinden, durch Stechen geboren, den Anwesenden als Andenken überreicht. Alles höchst mühsam eingeübt, und nach Ueberwindung eigenthümlicher Schwierigkeiten doch meistens blos auf die Anfänge alles Wissens und Könnens sich beschränkend. An sinnreich eingerichteten Lehrmitteln ist kein Mangel. Die Tonkunst ist das heitere Element, in welchem die Unglücklichen mit offenbarer Vorliebe schwimmen, da sie im Reiche des Sichtbaren nur mittelst Nebelbilder der Phantasie durch dunkle Ahnungen umherzutappen vermögen. Der genannte Hilfs-, der Musik-Lehrer Großpietsch und der Harfenlehrer Margs sind ihre Geleitsmänner, an deren Hand sie durch die erquickenden Lüfte des Hörbaren schweben. Die eigne Stimme, Flügel, Harfe und Streich-Instrumente sind ihre Werkzeuge. Ein Rondo von Ries und Variationen von Margs wurden von einzelnen, die Ouvertüre zu „Martha“ von 2, Kantabile und Variationen für Cello von Romberg durch 5, die Ouvertüre zu „Idomeneo“ von 7 Zöglingen, ein paar Lieder von Fr. Schneider durch die Gesammtheit vorgetragen. In einer allerdings seltenen Virtuosität, wie die, womit der frühere Zögling Heinrich Schwarz aus Brieg, einst die Hörer zum Staunen und Entzücken hinriß, glänzte dieses Mal freilich Keiner. In der Ausstellung der Handarbeiten feierten Geschick und Fleiß der Lehrenden und Lernenden von neuem ausgezeichnete Triumphe. Tuch- und Strohdecken, Bänderschuhe, Rohrstuhl-Sitze, Strohteller, Netze, Feuer-Löscheimer, Strümpfe, Socken, Hosenträger, Geldbeutel, Kindermützchen, Kinderjäckchen, Wickelbinden, Nachtmützen, Körbe von der gröbsten bis zur niedlichsten Form, Wagenflechten, Zwirn, Garn, Brotschüsseln, Zeitungshalter boten sich in ganzen Massen zum Anschauen und Ankaufen dar. Jederzeit sind durch das Wohlwollen des Kaufmanns Berner, Ohlauer Straße Nr. 59, dergleichen Arbeiten zu Gunsten der Anstalt zu haben. Sehender! Schwelgest Du in Augenlust an Werken der Natur oder Kunst, und an den Deinigen, deren helles, funkelndes Auge in Deinem eignen sich spiegelt, o so gehe hin, und kaufe Dir von jenen Waaren, die in der stockfinstern Nacht ihrer jugendlichen Verfertiger für das süße Tageslicht geschaffen sind, und zahle so ein Scherflein Deiner Schuld an den, welcher ein paar so wunderreiche Weltfenster und Seelenredner Dir in's Angesicht setzte. Lebenslang mangeln solche jenen Beklagenswerthen. So träufelst Du ein Hönigtröpflein in den bittern Kelch ihrer Entbehrungen, so hilfst Du sie mit ihrem Schicksale versöhnen und mit ihren Brüdern verschmelzen. Wie viele Blinde, die jetzt, reine Gegenstände des Mitleids, dem Betteln anheimfallen, eine Last ihrer Familien und Gemeinden, könnte die Anstalt in ihren weiten Räumen, denen durchweg der Stempel der preiswürdigsten Ordnung und Sauberkeit aufgedrückt ist, noch bildend aufnehmen, wenn die Quellen ihres Bestehens noch ergiebiger flössen! E. a. w. P.

§ **Breslau**, 30. Juni. [General-Versammlung des Vereins gegen Thierquälerei.] Der Vorsitzende, Herr Oberstaatsanwalt Fuchs, theilt mit, daß der in München bestehende Verein gegen Thierquälerei verschiedene Schriften eingeschickt, welche die beiderseitig angestrebten Zwecke fördern sollen. Der Vorstand wird Namens der Versammlung dem Münchener Vereine danken und Vertheilung der Schriften an die Schulanstalten veranlassen. Ferner wurde angezeigt, das Polizei-Präsidium werde nunmehr ersucht werden, da das neue Strafgesetz mit dem 1. Juli in Kraft tritt, die an die Mitglieder des Vereins auszugebenden Karten mit einem Stempel zu versehen, um auf Grund dessen die Unterstützung der ausübenden Polizeibeamten in Anspruch zu nehmen. — Ein Schreiben des Herrn Restaurateur Seidel, welches der Vorsitzende verlas, enthielt den Plan zu Errichtung einer Pferdeschlächterei. Hr. Seidel, der selbst anwesend war, erklärte, daß er schon im J. 1848 Willens gewesen sei, eine derartige Anstalt ins Leben zu rufen. Sein Vorhaben scheiterte damals. Jetzt betreibt er dasselbe von Neuem und besitzt Quellen, die es ihm möglich machen, stets kräftige und innerlich vollkommen gesunde Pferde zum Schlachten zu bekommen. Zur Probe beabsichtigt derselbe ein Pferdefleisch-Essen veranstalten und eine Subscriptionsliste dafür auszulegen.

Herr Oberlehrer Sander an der ev. Elem.-Schule Nr. 6 übersandte einen Bericht über eine von ihm vollzogene Bestrafung der durch einen seiner Schüler verübten Thierquälerei. Herr Thiel stellte den Antrag, den jährl. Beitrag von 1 Thlr. für weniger Bemittelte herabzusetzen und nur den ganz Vermögenslosen den beitragsfreien Eintritt zu gestatten. Die Versammlung beschloß, daß der Mitglieds-Beitrag auf zweierlei Sätze: a) jährlich 1 Thaler, b) jährlich 12 Sgr. festgestellt und den zahlenden Mitgliedern nach beiderlei Sätzen gleich volles Stimmrecht gewährt werde.

Der Schriftführer, Rend. Weinert, sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Verein in seiner Mitgliederzahl noch nicht stärker geworden. Worin dies seinen Grund habe, sei ihm eigentlich nicht recht klar. Als die erste Anregung zur Gründung des Vereins erfolgte, sei diese Angelegenheit von dem Vorsitzenden durch einen so gediegenen Vortrag in der „konstitutionellen Ressource" wie auch durch die Ansprache bei Eröffnung der General-Versammlungen so trefflich und klar beleuchtet worden, daß in gefühlvollen Menschen wohl der Wunsch hätte erwachen sollen, dem so vielseitigen Mißhandeln und Quälen der Thiere möglichst Einhalt zu thun.

Der Schatzmeister des Vereins, Hr. Kaufmann Löwe, sprach sich dafür aus, daß der Beitritt neuer Mitglieder durch Abfassung und Ausgabe einer kleinen Schrift, in welcher die Hauptprinzipien des Vereins dargelegt seien, bewirkt werde. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Für die Vorbereitung einer solchen Schrift wird der Vorstand Sorge tragen.

Auf den Antrag des Hrn. Oelsner beschloß der Verein, vor Ausgabe der Mitgliedskarten durch öffentliche Blätter eine warnende Ansprache an das Publikum zu erlassen, worin letzteres darauf aufmerksam gemacht wird, daß sämmtliche Mitglieder des Vereins ohne jede Rücksicht im Sinne des neuen Strafgesetzes verfahren würden. Endlich wurde noch beschlossen, die General-Versammlungen statt, wie bisher, Sonnabends, an dem letzten Donnerstage des Monats abzuhalten.

*** Aus der Provinz,** Ende Juni. [Ein Konsistorial-Erlaß in Betreff der Legalisirung der von Dissendenten-Predigern vollzogenen Trauungen.] Nach einem vor uns liegenden Konsistorial-Erlasse wird in Folge der Bestimmung des evangelischen Ober-Kirchenrathes den Superintendenten der Provinz zur weiteren Belehrung ihrer Diözesanen eröffnet, daß, wenn Personen, die einer Dissidenten-Gemeinde angehören und von einem Dissidenten-Prediger miteinander getraut worden sind, ihre Ehe durch eine kirchliche Einsegnung legalisirt zu sehen begehren und dabei das Verlangen tragen, in den Schooß der evangelischen Kirche zurück resp. überzutreten, gleichzeitig aber den Wunsch von den gesetzlich erforderlichen dreimaligen öffentlichen Aufgeboten gänzlich dispensirt zu werden aussprechen, dieselben ihre desfallsigen Anträge durch die betreffenden evangelischen Ortsgeistlichen in der Art anzubringen haben, daß sie in einer von Seiten dieser letztern darüber aufzunehmenden Verhandlung vor Allem ihren freien wohlüberlegten und unbedingten Rücktritt förmlich erklären und dieser Erklärung sodann ihr Gesuch um die bezeichnete Dispensation anschließen. — Das so aufgenommene, von den betheiligten Personen unterzeichnete Protokoll, ist sodann Seitens der betreffenden Geistlichen mit einem Beglaubigungsberichte, in welchem ausdrücklich bemerkt sein muß, daß der erklärte Rück- resp. Uebertritt zur evangelischen Kirche bereits wirklich durch den Genuß des heiligen Abendmahles erfolgt ist, mittelst der königlichen Superintendentur an das Provinzial-Konsistorium einzureichen. In solchen Fällen nur will der evangelische Oberkirchenrath sodann das Geeignete bei des Königs Majestät veranlassen, um die erbetene gänzliche Dispensation vom gesetzlichen Aufgebote zu erwirken. Zum Schlusse spricht das Konsistorium noch das Vertrauen aus, daß die Herren Geistlichen in vorkommenden Fällen gedachter Art es an treuem Eifer und ernsten seelsorgerischen Bemühungen nicht werden fehlen lassen, um Personen, die sich in der bezeichneten Lage befinden, würdig vorzubereiten.

*** Jauer,** 28. Juni. [Kinderfest.] Am 26. Juni fand in der Gemeinde Alt-Jauer ein frohes Fest statt. Es machten nämlich die Kinder beider Schulen ihren alljährlichen Spaziergang nach den nahgelegenen Buschhäusern unter der Leitung und Aufsicht der beiden wackern Herren Lehrer Herrmann und Helbig. Frühzeitig setzte sich der Zug unter Begleitung der Musik in Bewegung und es machte einen hübschen Eindruck, die vielen bunten Fahnen flattern zu sehen, welche unter den Zug vertheilt waren und dessen einzelne Abtheilungen sonderten, während jeder einzelne Knabe ein schwarz-weißes Fähnchen trug.

An dem Orte ihrer Bestimmung angelangt, wurde den Kindern die nöthige Erfrischung gereicht; sodann ging es an das Spiel, wobei namentlich der Lehrer Herrmann das Talent zeigte, die Kinder in froher Laune zu erhalten. Nach Beendigung des Spieles ließen beide Lehrer von zwei Mädchen kurze Reden vortragen, worauf die Herren von ihren Schülern mit Kränzen umwunden wurden, während ein lautes Lebehoch für sie ertönte. Abends erfolgte der Rückzug in das festlich erleuchtete Dorf. Vor der Schule des Herrn Lehrer Herrmann hielt der Zug. Hier hielt Herr Herrmann die Abschiedsrede und beschloß dann die Feier mit Absingung eines religiösen Liedes, in welches die ganze Gemeinde einstimmte.

= Warmbrunn, 29. Juni. Die traurigen kalten Tage der letzten Monate, wohl auch die große Wallfahrt zum Tempel der Industrie im britischen Inselreiche, haben uns in diesem Jahre manchen alt gewohnten lieben Besuch entfremdet und leidet unser Badeleben noch immer an Ueberfluß von langer Weile. Hoffen wir, daß die jetzt milder wehenden Lüfte uns noch recht viele Gäste zuführen und unser schönes Thal dadurch mehr beleben mögen.

Zur unaussprechlichen Freude aller Warmbrunner sind die Bemühungen des rastlos thätigen Ingenieurs Herrn Milch durch Bohrversuche zur Auffindung einer neuen stärkeren Heilquelle zu gelangen, kürzlich endlich mit einigem Erfolge gekrönt worden und und sprudelt bereits ein munterer Quell in der Nähe des alten Bassins, der zwar vorläufig noch mit kaltem Grundwasser vermischt ist, doch bereits eine Wärme von 28 Grad entwickelt. Mit gläubigem Vertrauen hofft Herr Milch, mit ihm ganz Warmbrunn, daß die eigentlichen warmen Quellenläger nunmehr bald aufgefunden und die heilenden Wässer in genügender Menge hervorströmen werden, um nicht nur die Anlage eines neuen Bassins, sondern auch die von Bädern für einzelne Personen, nach Art der Töplitzer, zu ermöglichen. Ist dies der Fall, dann hat Töplitz an Warmbrunn, bei der ungleich reizenderen Lage des Letzteren einen mächtigen Rivalen gefunden und steht dann unserem freundlichen Oertchen eine glänzende Zukunft zweifellos bevor. Hoffentlich wird dann auch der Besitzer noch mehr als es bisher geschehen, für das Vergnügen und den Komfort der Besucher sorgen, vornehmlich aber die längst in Aussicht gestellte Anlegung einer bedeckten großen Kolonnade, nach Art der Salzbrunner Elisenhalle, mit eleganten Bazars, die jetzige Buden-Reihe der Bade-Allee verdrängen.

Die Einförmigkeit unseres Badelebens ward vorgestern durch den Besuch der Hirschberger Ressourcen-Gesellschaft, die in circa 50 Wagen mit über 200 Personen unter fröhlicher Musik, von Erdmannsdorf und Stonsdorf kommend, hier einrückte und in der Gallerie soupirte, unterbrochen. Zu den schönsten Partien von hier aus gehört übrigens eben ein solcher Ausflug über Stonsdorf nach Erdmannsdorf, wo die mit königlicher Munifizenz ausgestatteten Park-Anlagen hohen Genuß gewähren. Man scheue dann aber auch die kleine Mühe nicht, die etwa 1/4 Stunde weiter liegenden Fabrik-Anlagen der königlichen Seehandlung aufzusuchen, deren Besichtigung von den gegenwärtigen Dirigenten mit anerkennenswerther Freundlichkeit und Bereitwilligkeit jedem gebildeten Fremden gestattet wird. Ein weiterer Blick von den Fabrikgebäuden aus auf die nahe Schneekoppe und die unendlich reizende Umgegend wird aber auch den Naturfreund befriedigen. Wenn dann der ermüdete Reisende von Staub und Hitze fatiguirt, in den freundlichen eleganten Räumen des Fabrikgasthofes ein Asyl zur Erholung sucht, so findet er in Herrn Schweizer einen gefälligen Wirth und erhält auf Verlangen von Anna, dem schönen, schwarzäugigen Tyrolerkinde, ein schäumendes Glas ächt Nürnberger Gerstensaftes kredenzt. — Wir glauben, daß dieser Abstecher keinen Touristen unbefriedigt lassen wird.

*** Kreis Ohlau,** 29. Juni. [Resultate der Einkommensteuer-Regulirung.] Die von dem alten Kreistage gewählte Kommission (Gr. v. Hoverden, Rittergutsbesitzer von Wrochem, Hoffmann und Zimmermann, Bürgermeister Breuer, Bürgermeister Aßmann, Scholzen Kranich, Schöps, Haase, Pastor Gubalke und Dekonom Otto) war gestern behufs Einschätzung der einkommensteuerpflichtigen Kreisbewohner zusammengetreten. Nach achtstündiger Arbeit stellte sich heraus, daß im ganzen Kreise 79 Personen der Einkommensteuer vom 1. Juli d. ab unterworfen werden. Von diesen kommen 25 auf die Stadt Ohlau, 2 auf Wansen, die übrigen 52 auf das platte Land. Unter letztern befinden sich 15 Rittergutsbesitzer, 21 Bauern und 9 Geistliche 2c. Mit Rücksicht auf dieses Standes-Verhältniß erscheint es sehr angemessen, daß die Kommission aus gleich viel Rittergutsbesitzern, Bürgern und Bauern zusammengesetzt und daß auch der Stand der Geistlichkeit dabei vertreten ist. Dieser Umstand führte die Kommission nicht nur auf die wichtigen Prinzipien der Veranlagung, sondern es wurde dadurch auch um so eher möglich, über die Vermögensverhältnisse und die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen eine, wenigstens annähernd richtige Kenntniß zu erlangen. Das erste Veranlagungsgeschäft war mit Rücksicht darauf, daß hier entschieden andere Grundsätze, als bei der Normirung der Klassensteuer zum Maaßstabe dienen mußten, ein außerordentlich schwieriges und ebenso verschieden das Resultat der Einschätzung. Einzelne Steuerpflichtige sind um das Doppelte und Dreifache erhöht worden, andere fast in demselben Verhältnisse auf eine niedrigere Stufe der früheren Klassensteuer gelangt. Es ist dies der schlagendste Beweis für die Unhaltbarkeit der früheren Veranlagungsgrundsätze. Während bei der aufgehobenen Klassensteuer z. B. der Umfang eines Besitzthums für eine bestimmte Einschätzungsklasse allein maaßgebend war, kommt dieser jetzt gar nicht in Betracht, sondern lediglich das daraus gewonnene Einkommen. Es ist dies der Grund, warum von 24 Rittergutsbesitzern 9 derselben der Einkommensteuer gar nicht unterworfen werden konnten, sondern in die Reihe der Klassensteuerpflichtigen aufgenommen werden mußten, da eben bei diesen ein reines jährliches Einkommen von über 1000 Thlr. nicht zu ermitteln war. Dieser Umstand zeigt eben, daß es nur eine richtige Besteuerungs-Norm giebt, nämlich die, welche jeden Staatsbürger nur nach Maaßgabe seiner Leistungsfähigkeit beitragen läßt. Es werden allerdings Jahre dazu gehören, um eine verhältnißmäßige Richtigkeit bei der Veranlagung zu erzielen, es werden sich mancherlei Schwierigkeiten bei der Begründung des richtigen Grades der Leistungsfähigkeit herausstellen, gleichwohl aber kann das System der Einkommensteuer nur allein als das richtige angesehen werden.

Im Allgemeinen sind die in der ministeriellen Instruktion enthaltenden Grundsätze bei dem Veranlagungsgeschäft maaßgebend gewesen, obgleich die Voraussetzung, daß diejenigen, welche mit 24 Thlr. und resp. 18 Thlr. jährlich zur frühern Klassensteuer herangezogen wurden, voraussichtlich künftig der Einkommensteuern unterworfen werden müßten, sich als stichhaltig nicht herausstellte, da eben mehrere mit diesen Sätzen herangezogene Steuerpflichtige zur Klassensteuer, ihres geringen Einkommens wegen, veranlagt werden mußten.

Der Steuer-Ertrag der neuen Veranlagung ist unzweifelhaft ein höherer, als der früher erzielte, obgleich auch mehrseitig Ermäßigungen des Steuersatzes eingetreten sind.

*** Dyhrenfurt,** Ende Juni. [Pfarr-Vacanz.] Durch den Abgang unsers Pastor Wandel als ersten Pastor nach Militsch, nebenher gesagt, eine der besten evangelischen Pfarren in Schlesien, wird das Pastorat in hiesigem Orte erledigt. Dem Patrocinium steht das unbedingte Besetzungsrecht zu und es ist gemeiniglich so gehalten worden, daß nur ein Kandidat zur Probe zugelassen wurde. Erst im Jahre 1829 erhielten außer dem abgehenden Pastor Wandel, und wie es hieß, auf seinen eigenen Wunsch, neben ihm noch zwei andere Bewerber eine Probe.

Die gegenwärtige Patronin der hiesigen evangelischen Kirche ist die Frau Oberst v. Lazareff, geb. Prinzessin Antoinette von Biron-Curland-Hoym, die im Augenblicke in Paris lebt. Für die nächste Pfarrbesetzung in Dyhrenfurt hat die Frau v. Lazareff, wie wir aus wohlunterrichteter Quelle vernehmen, sich ihres Rechts begeben und dem Konsistorium der Provinz die Anstellung des Geistlichen völlig überlassen. Bereits sind bei dem hiesigen evangelischen Kirchen-Kollegium nahe an 50 Bewerbungen eingegangen, nicht wenige sogar von Geistlichen, die schon viele Jahre in amtlicher Wirksamkeit stehen. Sämmtliche Gesuche sollen bereits dem königlichen Konsistorium zur Bestimmung dreier Probe-Prediger überreicht sein.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

[Zur Zeitungs-Statistik.] Es werden gewiß nicht wenige unserer Leser erstaunt sein, wenn sie hören, daß in Berlin mehr als hundert Zeitungen und Zeitschriften, theils politischen, theils wissenschaftlichen oder gewerblichen Inhalts erscheinen. Von der Wahrheit dieser Behauptung kann sich Jeder aus nachfolgender Liste überzeugen: 1. Preußischer Staats-Anzeiger (ohne verantwortl. Redakteur, 7mal wöchentlich.) — 2. Preußische (Adler-) Zeitung (Redakteur: F. Berg, Morgen- u. Abendblatt, 12mal w.) Beide Blätter werden vom 1. Juli ab vereinigt. — 3. Vossische Zeitung (Red. E. Müller, 6mal). — 4. Spenersche Zeitung (Red. Dr. Spiker, 6mal). — 5. National-Zeitung (Red. Dr. F. Zabel, 12mal). — 6. Constitutionelle Zeitung (Red. v. Bardeleben, 12mal). — 7. Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung (Assessor a. D. Wagener, 6mal). — 8. Urwähler-Zeitung (H. Holdheim, 6mal). — 9. Hahn, Bürger- und Bauern-Zeitung (G. Hempel, 3mal). — 10. Zeit (A. W. Hayn, 6mal). — 11. Opponent (F. Harth, 6mal). — 12. Neue Volkszeitung (v. Seld, 1mal). — 13. Correspondenz-Büreau (Schneitler u. Wenzel, 6mal). — 14. Telegraphisches Correspondenz-Büreau (B. Wolff, unbest.) — 15. Sonntagsblatt der N. Pr. Zeitung (Wagener, 1mal). — 16. Kladderadatsch (E. Dohm, 1mal). — 17. Buddelmeyer-Zeitung (Dr. Cohnfeld, 2mal). — 18. Intelligenzblatt (A. W. Hayn, 6mal). — 19. Fremdenblatt (A. W. Hayn, 6mal). — 20. Berliner Tagesbülletin (G. Bernstein, 6mal). — 21. Mit-

theilungen des statistischen Büreaus (Prof. Dr. Dieterici, 1mal). — 22. Gesetzsammlung des preuß. Staates (unbestimmt.) — 23. Justiz-Ministerialblatt (1mal). — 24. Amtsblatt des Post-Departements (1mal). — 25. Ministerialblatt für die innere Staatsverwaltung (unbestimmt.) — 26. Centralblatt der Abgaben-, Gewerbe-, Handelsgesetzgebung und Verwaltung in Preußen (Jonas'sche Buchh., 2mal monatl.) — 27. Monatsbericht der Akademie der Wissenschaften (monatlich). — 28. Landwirthschaftliche Annalen (v. Lengerke, vierteljährlich). — 29. Mittheilungen zur Beförderung der Sicherheitspflege (Kanzlei-Insp. Denecke, 2mal). — 30. Publicist (A. F. Thiele, 2mal). — 31. Allgemeine Gerichtszeitung (Reichardt, 2mal). — 32. Buch des Gesetzes (A. Sacco, monatl.) — 33. Beobachter an der Spree (C. A. W. Schmidt, 1mal). — 34. Neue Berliner Musikalische Zeitschrift (Bock, 1mal). — 35. Echo, Musikzeitung (E. Kossack, 1mal). — 36. Deutsche Theater-Ztg. (E. Schlivian, 2mal). — 37. Theater-Vereins-Zeitung (H. Gödsche, 2mal). — 38. Theater-Horizont (Michaelson, 2mal). — 39. Deutsches Kunstblatt (1mal). — 40. Berliner Figaro (E. Litfaß 6mal). — 41. Magazin für die Literatur des Auslandes (J. Lehmann, 3mal). — 42. Schach-Zeitung (Veit u. Comp., monatlich). — 43. Archiv für Stenographie (Carl Witte, monatlich). — 44. Berliner Modenspiegel (B. Wolff, 1mal). — 45. Berliner Pfennigblätter (Dr. C. Lindow, 1mal). — 46. Berliner Anzeiger, früher Berliner kirchliche Wochenblätter (Dr. C. Lindow, 1mal). — 47. Berliner Wochenblatt (W. Möser, 1mal.) — 48. Familienblätter für Bürger und Landmann (Dr. Andreas Sommer, 1mal). — 49. Gesellschafter (Rud. Liebmann, monatlich). — 50. Der Freimüthige (R. Liebmann, 1mal.) — 51. Perlen (Alb. Sacco, monatlich). — 52. Freistatt (Malmène, 1mal). — 53. Monatsrosen (Scheel, monatlich). — 54. Jugendfreund (Lindow, monatlich). — 55. Fata Morgana (Alb. Sacco, monatlich). — 56. Wanderer. — 57. Pariser Moden- und Musterblätter (Otto Janke, monatlich). — 58. Berliner Moden-Verein (O. Janke, monatlich). — 59. Sonntagsgast, Blätter für christliche Unterhaltung (Dr. Pribill, 1mal). — 60. Evangelische Kirchen-Zeitung (Profess. Hengstenberg, 1mal). — 61. Berliner Allgemeine Kirchenzeitung (Dr. Bruns, 2mal). — 62. Kirchlicher Anzeiger für die Katholiken in Brandenburg und Pommern (Kaplan Wawreczko, 1mal). — 63. Deutsche Zeitschrift für die christliche Wissenschaft (Schneider, 1mal). — 64. Zeitschrift für die unirte evangelische Kirche (Krause, 1mal). — 65. Kirchlicher Anzeiger für Berlin (Beyer, 1mal). — 66. Der christliche Hausfreund (Goßner, monatlich). — 67. Christenbote (C. G. Brandis, monatlich.) — 68. Evangelischer Reichsbote (Wiegand u. Grieben, monatlich.) — 69. Missionsfreund (Mühlmann, monatlich). — 70. Berliner Missionsberichte (Mühlmann, monatlich). 71. Biene auf dem Missionsfelde (Goßner, monatlich). — 72. Neueste Nachrichten aus dem Reiche Gottes (Elsner, monatlich). — 73. Monatsblatt für Hausandachten (Wohlgemuth, monatlich). — 74. Dorfkirchenzeitung (Wohlgemuth, monatlich). — 75. Luther. Dorfkirchenzeitung (Wohlgemuth, monatlich). — 76. Repertorium für die theologische Literatur (Wohlgemuth, monatl.) — 77. Märkischer Bote des evangelischen Gustav-Adolph-Vereins (Bellermann, monatlich). — 78. Cours-Anzeiger (J. G. Brüschke, 6mal). — 79. Preis-Anzeiger des Spiritus (3mal). — 80. Preuß. Handlungs-Zeitung (Möser u. Kühn, 6mal). — 81. Allgemeiner Gesuchs- und Offerten-Anzeiger (H. Burchhardt, 1mal). — 82. Allgemeiner Anzeiger für Geld, Effekten und Eisenbahnverkehr (J. G. Brüschke, 1mal). 83. Deutsche Muster-Zeitung (F. List, monatlich). — 84. Allgemeine Gewerbe-Zeitung (Falk, 2mal). — 85. Handelsarchiv (G. Reimer, monatl.) — 86. Concordia, Blatt der gemeinnützigen Bau-Gesellschaft. — 87. Mittheil. des Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen (alle 6 Wochen ein Heft). — 88. Medizinische Central-Zeitung (Dr. Posner, 2mal). — 89. Medizinische Zeitung (Dr. Troschel, 1mal). — 90. Wochenschrift für Heilkunde (Dr. Caspar, 1mal). — 91. Journal für Chirurgie und Augenheilkunde (heftweise). — 92. Klinik, deutsche Zeitung für Beobachtungen an deutschen Kliniken und Krankenhäusern (Dr. Göschen, 1mal). — 93. Zahnarzt (Schmedicke, monatlich). — 94. Statistische Chronik der Alkohol-Vergiftungen (Prof. Kranichfeld, monatlich.) — 95. Der ärztliche Volksfreund (Prof. Kranichfeld, monatlich). — 96. Schulblatt der Provinz Brandenburg (Bormann, monatlich). — 97. Zeitschrift für Gymnasialwesen (Mützell, monatlich). — 98. Soldatenfreund (L. Schneider, 1mal). — 99. Militär-Wochenblatt (Mittler und Sohn, 1mal). — 100. Militärische Literatur-Zeitung (Gen. v. Malicewski, 1mal). — 101. Botanische Zeitung (v. Schlechtendahl, 1mal). — 102. Allg. Garten-Zeitung (Dr. Dietrich, 1mal).

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

§ **Breslau,** 30. Juni. [Schwurgericht.] Untersuchung wider den Häusler Pietrzok, wegen Ermordung seiner Ehefrau.

Staatsanwalt: O.-St.-A. Fuchs. Vertheidiger: Ref. Bodstein.

Der Angeklagte war am 14. Novbr. 1849 in Begleitung seiner Ehefrau von Konradswaldau (bei Festenberg) nach dem nahen Forste gegangen. Er fällte daselbst 2 Fichtenbäume und wollte dieselben mit Hülfe seiner Frau nach Hause tragen. Kaum waren sie aus dem Walde getreten, als die um 15 oder 20 Schritt vorausgeeilte Frau durch einen Schuß niedergestreckt wurde. Der Mann lief ins Dorf, erzählte den Vorfall seinem Nachbar Dubiel und zeigte ihn auf dessen Anrathen dem Ortsschulzen Göbel an. Dieser begab sich, von dem Gerichtsschreiber und zwei Rathsmännern geleitet an den Ort der That, wo die Gemordete in ihrem Blute schwamm. Die gerichtsärztliche Untersuchung ergab, daß der Schuß durch den Rücken gegangen und in einer Entfernung von höchstens vier Schritten abgefeuert war. Man vermuthete, daß ein Forstbeamter die Holzdefraudantin niedergeschossen habe. Dieser Annahme widersprach jedoch die Beschaffenheit der Ladung, welche bei der Sektion der Leiche in deren Innern vorgefunden wurde: mehrere Stück Blei und ein Stückchen Pelzfutter. Der Pfropfen war in Zeitungspapier eingehüllt. Das kalte Benehmen des Angeklagten vor und während der Besichtigung der Leiche, seine Scheu, dieselbe zu berühren oder mit ihr allein zu bleiben, besonders aber der Umstand, daß der Schuß von hinten und aus der unmittelbarsten Nähe gekommen sein mußte, lenkte daher den Verdacht auf Pietrzok selbst.

Der Angeklagte, welcher von Anbeginn der Untersuchung eine eiserne Standhaftigkeit an den Tag legte, behielt auch heute seine kalte, unerschütterliche Ruhe bei. Er versteht und spricht nur die polnische Sprache, was die Mitwirkung von Dolmetschern erforderlich machte. Auf die betreffende Frage des Präsidenten erklärte sich der Angeklagte für nicht schuldig. Nach seiner Aussage, kam der Schuß, welcher seine Frau getödtet, aus dem Walde, an dessen Saume sie hingegangen war. Er sah das Feuer kurz vorher aufblitzen, konnte aber den Thäter nicht wahrnehmen. Mit der abgehauenen Fichte setzte der Angeklagte, nachdem er sich von dem augenblicklich eingetretenen Tode seiner Frau überzeugt hatte, den Weg nach dem Dorfe fort. Da ihm auch dieser Umstand als ein verdächtiger vorgehalten wurde, so erklärte er denselben dadurch, daß er angab, er habe sich vor Strafe gefürchtet und deshalb das Holz mitgenommen. Das Hauptbelastungsmoment, welches darin besteht, daß der Schuß zunächst in den Rücken der Frau eingedrungen, widerlegte der Angeklagte, indem er hervorhob, die Frau könne sich ja umgedreht und in demselben Augenblick irgend ein Forstbeamter nach ihr geschossen haben. Der Angeklagte bestritt, jemals ein Gewehr besessen oder geführt zu haben.

Durch das Zeugenverhör wurden zwar die oben erwähnten Verdachtsgründe dargethan, die Oberstaatsanwaltschaft erklärte jedoch am Schlusse der Beweisaufnahme, sie wage es nicht einen bestimmten Antrag auf „Schuldig" oder „Nichtschuldig" zu stellen und überlasse die Entscheidung lediglich dem Ermessen der Herren Geschworenen.

Die Vertheidigung bestritt entschieden, daß hier das Verbrechen des Mordes objektiv vorliege, mehr aber noch, daß der Angeklagte der Mörder sei. Die Anklageschrift enthalte nur Vermuthungen, auf Grund deren die Geschworenen unmöglich das „Schuldig" aussprechen könnten. Schon die Rathskammer des Kreisgerichts zu Wartenberg habe die Anklage fallen lassen, der Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts nahm dieselbe wieder auf. Aber die heute gepflogene mündliche Verhandlung, das persönliche Auftreten des Angeklagten müsse die Herren Geschworenen von dessen Unschuld überzeugt haben.

Nach kurzer Berathung erachteten die Geschworenen den Angeklagten Pietrzok einstimmig für nicht schuldig; demgemäß erfolgte auch die richterliche Freisprechung.

(Const. Ztg.) Man erfährt nunmehr ziemlich bestimmt, daß die polizeiliche Beschlagnahme der Nummer 51 der Allgem. Gerichts-Zeitung und der beiden Nummern des Publicisten deshalb erfolgt sind, weil sie die Anklageschrift in dem Prozeß gegen die Arbeitervereine vollständig noch vor Beendigung des Prozesses veröffentlicht haben. Der Staatsanwalt soll nämlich den § 48 des Preßgesetzes vom 12. Mai d. J., in dem es heißt: „Eine gleiche Strafe (sieben Tage bis 1 Jahr Gefängniß) trifft denjenigen, der eine Anklageschrift oder ein anderes Schriftstück eines Kriminal-Prozesses veröffentlicht, bevor die mündliche Verhandlung stattgefunden oder der Prozeß auf anderem Wege sein Ende erreicht hat," dahin auslegen, daß unter dem Ausdruck stattgefunden, beendet verstanden werden müsse. Man ist auf die richterliche Entscheidung gespannt, da der betreffende Paragraph allerdings verschiedener Deutungen fähig ist. Analog dem französischen Recht, aus dem jene Bestimmung des Prozesses entnommen ist, dürfte die Veröffentlichung von Verhandlungen in Kriminal-Prozessen durch die Presse mit demselben Augenblicke gestattet sein, wo die öffentliche Verhandlung selbst begonnen hat. Die Gazette des Tribunaux liefert fast in jeder Nummer Beispiele hiervon. — Offenbar hat der Gesetzgeber mit jener Bestimmung nur die Mittheilung von Anklageschriften vor der mündlichen Verhandlung verhüten wollen.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 30. Juni. [Wollbericht.] Der bessere Gang des Geschäfts auf den übrigen preußischen Märkten ist nicht ohne Einfluß auf den Verkehr an unserm Platze geblieben. Dieser erstreckte sich jedoch nur auf eine Preiserhöhung von 2 bis 3 Thlr. pro Centner gegen die Notirungen des Marktberichts und ist im Ganzen nach wie vor billig anzukommen.

Das seit dem Markte verkaufte Quantum von circa 3000 Ctr. begreift in sich alle Qualitäten von geringer ungarischer Wolle im Preise von 39 bis 44 Thlr. und dergleichen russischer von 45 bis 55 Thlr. bis zu den schönsten schlesischen Wollen von 80 bis 100 Thlr. pro Centner und darüber. Schlesische Lammwollen waren besonders sehr begehrt und bewilligte man von 75 bis 85 Thlr. und darüber.

Das verkaufte Quantum ist durch starke, jetzt noch anhaltende Zufuhren aus dem Posenschen, Polen und Rußland reichlich ersetzt worden.

Die von der Handelskammer zur Abfassung von Wollberichten erwählte Kommission.

---

* **Breslau,** 30. Juni. [Produktenmarkt.] Mit dem Beginn der neuen Woche ist eine größere Festigkeit im Getreidehandel eingetreten, es zeigten sich heute viele auswärtige Käufer, die die Inhaber zurückhaltender machten. Weizen wurde eher höher und Roggen zu den alten Preisen gern gekauft. Gerste fand, ebenfalls einzelne Nehmer und auch Hafer war zu den stabilen Preisen begehrt. Erbsen waren am allerwenigsten gefragt, da nur Futtererbsen in kleinen Quantitäten gesucht wurden.

Man bezahlte weißen Weizen 62 bis 68 u. 69 Sgr., gelben Weizen 61 bis 66 u. 67 Sgr., Roggen 40 bis 45 Sgr., Gerste 33 bis 35 u. 36 Sgr., Hafer $32\frac{1}{2}$ bis $34\frac{1}{2}$ Sgr. und Erbsen 40 bis 45 Sgr.

Von Oelsaaten war einiges in neuem Winter-Rübsen am Markte, wofür man 68 bis 70 Sgr. bewilligte. Für Raps bleibt die Kauflust ebenfalls gut, doch zeigen sich Abgeber zurückhaltender, 75 Sgr. bleiben auf Lieferung zu bedingen. Für Schlagleinsaat ist à 55 bis 65 Sgr. viel Begehr, doch wird wenig angeboten.

Von Kleesaat war wenig angetragen, die Kauflust bleibt gut und dürfte sich wohl noch ferner erhöhen, wenn das Wetter so unbeständig bleibt. Bezahlt wurde weiße 5 bis 12 Rtl. und rothe $6\frac{1}{2}$ bis $11\frac{1}{3}$ Rtl.

Spiritus sehr angenehm $7\frac{5}{12}$ ist mehrfach Geld, Inhaber halten jedoch auf $7\frac{7}{12}$ Rtl., daher wenig darin gemacht wird.

Rüböl loco und Lieferung à $10\frac{2}{3}$ Rtl. zu haben.

In Zink ist wieder einiges ab Gleiwitz à 4 Rtl. gehandelt.

Berlin, 28. Juni. Das dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz zu Berlin unter dem 26. August 1850 ertheilte Patent auf eine hydraulische Presse in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung ist erloschen.

[Die Rübenzucker-Fabrikation im Zollverein.] Das Handels-Archiv, welches seine statistischen Angaben aus offiziellen Quellen schöpft, giebt in seiner letzten Nummer über den derzeitigen Stand der Rübenzucker-Fabrikation innerhalb des Zollvereins detaillirteste Nachweisungen, aus denen wir Folgendes, unter Beifügung weniger Bemerkungen, entlehnen,

In der Campagne 1849/50 verarbeiteten im ganzen Zollverein 148 Fabriken 11,525,677 Zoll-Zentner Rüben.

In der Campagne 1848/49 hatten 146 Fabriken 9,896,364 Zentner Rüben und in der Campagne 1847/48 127 Fabriken 7,676,772 Zentner Rüben verarbeitet.

Es waren in der Campagne 1849/50 in Preußen vorhanden 116 Fabriken, welche zur Verarbeitung 8,492,270 Zentner Rüben versteuert haben.

In der Campagne 1847/48 hatten in Preußen 98 Fabriken 6,060,117 Zentner Rüben und in der Campagne 1848/49 117 Fabriken 7,639,571 Zentner Rüben verarbeitet.

Es sind mithin in Preußen in der Campagne 1849/50 gegen die zunächst frühere Campagne 852,699 Zentner Rüben mehr verarbeitet worden, wiewohl die Zahl der arbeitenden Fabriken um eine geringer gewesen ist. Eine kleine Fabrik der Provinz Brandenburg hatte nämlich ihren Betrieb eingestellt, während neue Fabriken in Folge der vorangegangenen politischen Ereignisse nicht entstanden waren.

In der Rheinprovinz, in Westfalen und Westpreußen sind Rübenzucker-Fabriken nicht vorhanden. Von den andern Provinzen Preußens hatten in der Campagne 1849/50:

Zahl der Fabriken:	Versteuertes Rübenquantum:
Ostpreußen 2.	24,342 Zentner.
Posen 8.	135,126 "
Pommern 5.	138,240 "
Schlesien 29.	1,581,246 "
Brandenburg 3.	123,098 "
Sachsen 69.	6,490,218 "
116.	8,492,270 Zentner.

In den Provinzen Sachsen und Schlesien sind mithin über 8 Millionen Zentner Rüben und in den übrigen Provinzen wenig über 400,000 Zentner Rüben verarbeitet worden.

Die hiesige Handelskammer hat in ihrem gedruckt vorliegenden Jahresberichte pro 1850 die Verhältnisse der schlesischen Rübenzucker-Fabrikation genauer geschildert. Ueber die Fabrikation Sachsens giebt das Handels-Archiv nachstehende Mittheilungen.

Von den in der Campagne 1847/48 betriebenen Rübenzucker-Fabriken der Provinz Sachsen sind in der Betriebs-Periode 1848/49 drei Fabriken eingegangen, dagegen sechszehn neu erbaute Fabriken zum ersten Male in Betrieb gesetzt worden. In der Campagne pro 1849/50 hatte sich die allgemeine Unlust zu größeren gewerblichen Unternehmungen auch bei der Rübenzucker-Industrie in einem merklichen Stillstand zu erkennen gegeben, und für das Jahr 1849 vom Bau neuer Anlagen abgehalten. Nach dem Eintritt günstigerer Aussichten ist indeß die Neigung für diesen Gewerbzweig, ungeachtet der inzwischen in Kraft getretenen Steuererhöhung wieder so lebhaft erwacht, daß für die Campagne 1850/51 bereits siebenzehn neue Fabriken in Betrieb gesetzt worden sind. Die einzige noch vorhanden gewesene Macerationsanstalt ist eingegangen und durch eine Fabrik, welche frische Rüben verarbeitet, ersetzt worden.

Auch in den letzten beiden Campagnen ist, wie in den Vorjahren, der größte Theil der Rüben von den Fabrikanten durch eigene Bearbeitung auf eigenthümlichen oder erpachteten Aeckern gewonnen worden. Die Pachtpreise erlitten in Folge der Zeitereignisse im Jahre 1848 eine erhebliche Ermäßigung; in der Nähe von Magdeburg wurde im Frühling 1848 für auf 1 Jahr gepachteten Acker nur 25 Thaler preuß. Courant pro Morgen gezahlt; im Jahre 1849 erreichten die Pachtpreise aber wieder ihre frühere Höhe von 30 Thaler Gold pro Morgen. Der Preis der Kaufrüben variirte zwischen 4 und 9 Sgr. pro Zentner.

Die Rübenernte des Jahres 1848 war nicht überall gleichmäßig ausgefallen. Die anhaltende Dürre des Sommers hatte einen nachtheiligen Einfluß auf das Wachsthum der Rüben geübt. Der häufige Regen im Spätsommer vermittelte zwar noch ein befriedigendes Resultat hinsichtlich der Quantität, in Betreff der Qualität blieben aber die gehegten Erwartungen unerfüllt. Der Saft wog im Durchschnitt $1-1\frac{1}{2}$ pCt. Beaumé weniger als im Vorjahre. Auf einigen Ackerflächen zeigten sich an den Rüben der Kartoffel-Krankheit ähnliche Krankheits-Symptome, und enthielten derartige Rüben wenig Zuckerstoff. Im Jahre 1849 ist die Rüben-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)